



WÄHREND DIE WELTÖFFENTLICHKEIT seit Anfang April auf den Falkland-Konflikt konzentriert ist und zumal das Interesse der Lateinamerika-Korrespondenten von Argentinien (und seinen möglichen Verbündeten) absorbiert wird, entwickeln sich die Dinge in Zentralamerika fast unbemerkt. So hat man aus *Guatemala* zwar noch den sogenannten «Putsch junger Offiziere» vom 23. März zur Kenntnis genommen, durch den das nachgerade weltweit in Verruf geratene Regime des verhaßten Diktators *Romeo Lucas García* (noch vor dessen Ablösung durch den am 7. März «gewählten» General *Anibal Guevara*) gestürzt wurde; aber was dort weiter geschah, wurde kaum näher beobachtet. Die wenigen Kommentare, die hierzulande erschienen, gingen vornehmlich von Eindrücken aus der Hauptstadt aus. Denn dort trifft wohl zu, was man – makaber genug – lesen konnte, daß sich nämlich «die Bevölkerung doch ungleich sicherer fühlt, seit «nur» noch drei oder vier Tote am Tag statt der früheren 25 bis 30 gezählt werden». Auch die formelle Distanzierung der neuen Junta von den «Todesschwadronen» hat da und dort Hoffnungen geweckt, und zu den kosmetischen Verbesserungen des Image – nötig für die Militärhilfe aus USA – trägt bei, daß die Polizei nicht mehr in Zivil agiert, sondern uniformiert auftritt. Was aber tut sich auf dem *Lande* und in den Dörfern, wo immer noch die große Mehrheit des so lange gequälten und nunmehr angeblich «aufatmenden» Volkes lebt?

Guatemala nach dem Putsch

Datiert vom 4. Mai erreicht uns eine «dringliche internationale Mitteilung», die folgendermaßen beginnt: «Die Militärjunta, die in Guatemala nach dem Putsch vom 23. März die Regierung übernahm, startete eine Ausrottungskampagne gegen die Bevölkerung ausgedehnter Gebiete im Westen und Norden des Landes. Sie macht buchstäblich Dörfer und Gehöfte dem Boden gleich, verbrennt Wälder und Saatgüter und zwingt Dutzende von Bauern, Zuflucht in den Bergen oder in den Nachbardörfern ihrer Höfe zu suchen; sie ruft Tod, Zerstörung und Leiden hervor, wie es in der Geschichte unseres Landes oder Lateinamerikas nichts Vergleichbares gibt.»

Dieser allgemeine Aufschrei wird sofort konkretisiert: «In den nur vierzig Regierungstagen hat die ... Militärjunta die Bevölkerung von 22 Ortschaften und Dörfern in den Departementen von Baja Verapaz, Chimaltenango, Sololá, El Quiché und El Petén massakriert.» Deren 17 werden zunächst ohne weitere Angaben genannt, dann folgen Einzelheiten, die teilweise so genau sind, daß wir uns hier auf Stichwörter und nüchterne Zahlen beschränken:

- ▷ Parraxtut, El Pajarito und Pichiquil (Grenze zwischen Dep. El Quiché und Huehuetenango): seit 23. März durch die Armee 500 Personen jeden Alters ermordet und 400 Häuser verbrannt.
- ▷ El Mangal (Dep. El Quiché): Anfang April 100 Bauern ermordet. Weitere 13 bei Chichicastenango verbrannt und ihrer acht im Weiler Chorecales (Santa Cruz del Quiché) erschossen.
- ▷ Pajujil (Gemeinde Concepción, Dep. Sololá): am 15. April 30 Bauern ermordet und mehrere Häuser angezündet. Gleichentags in Agua Caliente (Chimaltenango) 14 fliehende Bauern von Armeeeinheit aus Helikopter mit Maschinengewehren niedergestreckt.
- ▷ Chipún und Chiapacul (Chimaltenango): Ende April 20 Bauern – Männer, Frauen, Kinder – ermordet, Häuser und Ernten verbrannt und Haustiere getötet. Ähnliches geschah in Macanché (Petén) und in Varituc (Chimaltenango).
- ▷ Dep. Baja Verapaz: In Chichupac 33 Männer ermordet; in Rio Negro 73 Frauen, manche davon schwanger, grausam hingerichtet; mit ihnen über 100 Kinder dem Tod überliefert.

Zusammenfassend wird die Anzahl der in den 40 Regierungstagen der neuen Junta umgebrachten Personen aus der bäuerlichen Bevölkerung allein in den 4 Departementen von Baja Verapaz, Chimaltenango, Sololá und El Quiché auf 3000 geschätzt.²

Als Reaktion auf solche Meldungen bekommt man gelegentlich zu hören, so sei das eben, kein Krieg sei so grausam wie der *Bürgerkrieg*. Aber ist es ein Bürgerkrieg; oder

GUATEMALA

Krieg gegen das eigene Volk: Was hat sich durch den Putsch vom 23. März verändert? – Kosmetische Verbesserung des Regierungs-Image in der Stadt – Aber neue, grausame Massaker in ländlichen Gebieten – Mord weiterhin Regierungsprogramm – Untersuchungen von Amnesty International und Pax Christi – Zivilpatrouillen insinueren Bürgerkrieg – Vereinigter Widerstand, aber durch Spaltung geschwächte Kirche – Neuer Propagandafeldzug mit dem *Fall Pellecer* (Kasten).

Ludwig Kaufmann

FRIEDENSBEWEGUNG

Sowjetische Ärzte warnen vor Atomkrieg: Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung von Atomkrieg tagt in Cambridge – Eine sowjetische Broschüre – Prophylaxe gegen die «letzte Epidemie der Menschheit» – Das Absurde eines «begrenzten» Atomkriegs am Beispiel Europa: Medizinische Argumente – Wieviel wissenschaftliches Ethos ist Sowjetärzten zuzutrauen? – Das Problem einer «offiziellen Friedensbewegung» – Beachtlich ist das neue Thema – Der nukleare Krieg selber wird zum Feind erklärt – Stresssymptome im Leben mit Atomwaffen.

Peter Hebblethwaite, Oxford

FLÜCHTLINGE

Rettungsschiff «Cap Anamur» am Ende?: Bestandesaufnahme in Bonn: «Ein Überhang von zwei Personen» – Es fehlt nicht am Helferwillen, sondern an der weiteren staatlichen Asylgarantie – Kann man gleichzeitig retten und selektionieren? – Vietnamflüchtlinge nicht nur der Seenot, sondern grausamen Piraten ausgesetzt – Konkrete Beispiele von Schicksalen – *Rolle der Medien:* Wie Fernsehzuschauer aktiv werden – Darf der Berichterstatte um Hilfe werben? – Das Engagement von Franz Alt provoziert die Frage: Reiner oder unreiner Journalismus? – *Aktualitätswelle und andauernde Herausforderung der Not* (Kasten) – Der Vorwurf der «Sog-Wirkung» wie seinerzeit 1941 gegen Rettung von Judenflüchtlingen – Es bleibt der Hoffnungsschimmer einer deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Rupert Neudeck, Troisdorf/Köln

IDEOLOGIE

Die Neue Rechte – europäisches Phänomen (1): Gruppierungen, Zeitschriften und Autoren – «Deutsche Seelentiefe» neuentdeckt in Paris – A. de Benoist als wichtigster Propagandist – Nach rückwärts gewandte Kulturkritik – Gefährlicher Denkfehler: Gleichsetzung von «verschieden» und «ungleich» – Soziobiologisch verpacktes Plädoyer für Renaissance von Führern und Eliten – Hierarchie im Tierreich abgestützt.

Christian Modehn, Berlin

ist es nicht in Tat und Wahrheit ein *Krieg gegen das Volk?* – Die Frage muß auf dem Hintergrund einer ganzen Vergangenheit beantwortet werden; denn was heute geschieht, ist nur die kaum veränderte, wenn nicht sogar größer angelegte Fortführung der Schrecken von gestern.

«*Politischer Mord als Regierungsprogramm*»: Unter diesem äußerst scharfen Titel erschien im Februar 1981 ein Bericht von *amnesty international* (ai) über Guatemala.³ Er gipfelte in der sorgfältig belegten Enthüllung, daß dort Routinemorde, Geheimhaft und summarische Todesurteile – von der alltäglich gewordenen Folter ganz zu schweigen – nicht nur ein Teil eines klar definierten Programms der Regierung seien, sondern daß die verschiedenen Verfolgungsaktionen von einer «Präsidialagentur» in einem Anbau der Residenz und unter der direkten Aufsicht des Präsidenten geplant und beschlossen werden. Ein Jahr später wurde von *Pax Christi International* aufgrund einer im Sommer 1981 durchgeführten Untersuchung über die Menschenrechte in vier Ländern Zentralamerikas⁴ gegen das Militärregime in Guatemala in aller Form die Anklage auf *Völkermord* (Genozid)⁵ erhoben. Das Wort ist nicht nur rassistisch gegenüber den Indianern gemeint (die mit mindestens 60 Prozent auf jeden Fall die Mehrheit ausmachen), sondern umfaßt auch andere Kreise der Bevölkerung, und zwar einerseits die Allerärmsten, die immer wieder eingeschüchtert werden sollen, andererseits Lehrer bzw. Lehrerinnen, Gewerkschafter, Priester und Nonnen, die als Meinungsbildner zum vornherein oder aufgrund seit 1954(!) geführter Dossiers der politischen Opposition bzw. der «Subversion» verdächtigt oder in diesem Sinne denunziert werden.

Zur Denunziation werden Leute – oftmals aus den ärmsten Kreisen und ohne daß sie eine Wahl hätten – ausgehoben und abgerichtet⁶, ähnlich wie das von der Organisation «ORDEN» in El Salvador bekannt ist. Und analog wie diese – nach Auflösung durch die Junta nach dem Putsch von 1979 – alsbald unter dem Namen «ARENA» in Neuaufgabe entstand, geschieht es gerade jetzt, wenige Wochen nach der offiziellen Distanzierung von den «Todesschwadronen», in Guatemala: Aus der Landbevölkerung werden Tausende zu sogenannten «*Zivilpatrouillen*» bzw. «*Zivilmilizen*» zusammengefaßt, die dann in Wirklichkeit «als Soldaten in Bauernkleidern» tätig sind. Die Idee, von Ex-Generalstabschef *Benedicto Lucas García* entwickelt, wird von der neuen Militärjunta in großem Maßstab verwirklicht: Damit soll nun eben das Bild eines «Bürgerkriegs» geschaffen werden, in dem sich verschiedene Gesellschaftsgruppen des gleichen Volkes gegenüberstehen. Auch die «Todesschwadronen», soweit ihre Verbrechen nicht zu vertuschen waren, mußten für die Fiktion des Bürgerkriegs herhalten: sie stellten die «extremen Rechten» gegenüber den «Linken» dar, während die Regierung – bei laufender Führung von Totenlisten (oft größer als Amnesty!) – den Unbeteiligten spielte.

Der vereinigte Widerstand

In Wirklichkeit steht heute dem Regime ein aus allen Bevölkerungskreisen vereinigt Widerstand gegenüber. Der Einigungsprozeß von bisher vier verschiedenen Organisationen der politischen und militärischen Opposition zur heutigen URNG (*Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*) setzte im Sommer 1980 ein und wurde am 7. Februar 1982 durch ein gemeinsam veröffentlichtes Manifest gekrönt. In fünf Zielpunkten wird ein politisch-kulturelles Konzept für eine künftige Regierung vorgelegt, das sich alle Guerillagruppen zu eigen machen:

- 1) Beendigung der Repression – Recht auf Leben und Frieden;
- 2) Abschaffung der Oligarchie – Wirtschaftliche Strukturen zugunsten der Bedürfnisse der großen Mehrheit des Volkes;
- 3) Gleichheit für die Indianer – Beendigung ihrer kulturellen Unterdrückung;
- 4) Einbeziehung aller Volkskreise in die neue Regierung;
- 5) Blockfreiheit.

Ebenfalls im Februar wurde ein «*Guatemaltekisches Komitee der Patriotischen Einheit*» (CGUP) gegründet. Es handelt sich um 26 Persönlichkeiten aus allen Volksschichten und oppositionellen Organisationen. Ihr Ziel ist, eine umfassende politische Front zur Verwirklichung der oben erwähnten fünf Punkte zu bilden. Gleichzeitig anerkennt es den «revolutionären

Von Guatemala bis Paris

Luis Pellecer SJ,
Opfer der Verfolgung und der Rechtspropaganda

Daß auch die Kirche in Guatemala mitleidet, ja besonderer Verfolgung ausgesetzt ist, legt der nebenstehend erwähnte Pax-Christi-Rapport ausführlich dar, doch muß er auch von Spaltung berichten: Es gebe «zwei offizielle Kirchen», den «kleinen Kreis» um Kardinal *Casariago*, der offen das Regime unterstützt, und die Bischofskonferenz, die – ohne ihn – Hirtenbriefe erläßt. Dies wirft auch auf den Fall des zuerst entführten, dann als «bekehrt» vorgeführten Jesuiten *Luis E. Pellecer* (vgl. Orientierung Dezember 1981, S. 258ff.) seinen Schatten. Äußerungen des Kardinals über den «kreuzigen Judas» nebst (teilweise verkürzten bzw. erweiterten) Aussagen Pellecers hat die Wochenzeitung der französischen Rechten, «*Figaro Magazine*» (vgl. S. 122ff. in dieser unserer Nummer), in zwei Ausgaben (24. und 30. April) groß ausgeschlachtet, und zwar sowohl gegen die Jesuiten wie gegen die gesamte nachkonziliare Pastoral (Kirche der Armen) in Lateinamerika von Medellín bis Puebla.

Nach verschiedenen größeren Gegendarstellungen meldet sich neuerdings der stellvertretende päpstliche Delegat an der Jesuitenkurie in Rom, *Giuseppe Pittau SJ*, zu Wort. Auf Einladung des Provinzials, César Jerez, hat er Zentralamerika besucht. Am 26. April, 12 Uhr, konnte er in der Apostolischen Nuntiatur von Guatemala mit Pater Pellecer ein Gespräch von 20 Minuten Aug in Aug (ohne dessen «Sicherheitsbegleitung») führen. Gegenüber *Albert Longchamp* (für *Témoignage Chrétien* vom 24. Mai) äußert er:

«Nach der Begrüßung versicherte ich Pater Pellecer, daß die Jesuiten ihn nach wie vor liebten und sich für ihn interessierten. P. Pellecer seinerseits zeigte sich sehr dankbar für alles, was der Orden für ihn getan hat. Ich lud ihn dann ein, falls er es wünsche, mit mir nach USA oder nach Rom oder an einen anderen Ort seiner Wahl zu kommen, um sich zu erholen, zu meditieren und besonders darüber nachzudenken, ob er wirklich die Gesellschaft Jesu verlassen wolle. Er hat mir geantwortet: «Ich bin zu sehr beschäftigt. Ich muß meinem Volk, meiner Regierung dienen. In der gegenwärtigen Situation braucht mich mein Volk.» Und – auf die Frage: «Was tun Sie?» – «Ich arbeite in der Erziehung und in der Agrarreform.»

Pittau läßt weiter wissen, daß Pellecer auf seine Frage nach der (von ihm öffentlich behaupteten) «selber organisierten Entführung» keine Bestätigung gegeben und auch die formellen juristischen Schritte zum Austritt aus dem Orden nicht eingeleitet habe. Aufrecht erhielt er aber die Behauptung, daß er in viererlei Disziplinen ein Hochschuldiplom bzw. Doktorat gemacht habe, was durch die zuständigen Instanzen inzwischen in aller Form verneint wird. Ferner sei ihm ein neuer Fehler unterlaufen, insofern er von der letzten (unter Paul VI. abgehaltenen) Generalkongregation des Ordens von 1974/75 angab, sie habe «vor zwei Jahren» (also unter dem neuen Papst) stattgefunden.

Im Sinne einer zusammenfassenden Beurteilung sagte Pittau: «Dieser Mann, der mit mir sprach, war nicht frei. Gewiß waren an ihm keinerlei Spuren von physischer Folter zu sehen. Aber nach dem Eindruck der Patres, die mich begleiteten und die ihn bei dieser Gelegenheit sahen, besteht kein Zweifel: Das ist nicht mehr der gleiche Pater Pellecer. Vielmehr ist er in seinen Antworten oberflächlich geworden. Zudem lebt er unter ständiger Bewachung der Polizei, die allein seinen Wohnsitz kennt. «Warum diese Vorsichtsmaßnahmen?» frage ich: «Weil die Guerillos mich sonst töten würden» antwortete P. Pellecer.» Über die Umstände der «Bekehrung» und die jetzige «Überzeugung» Pellecers äußert sich Pittau nicht: 20 Minuten sind zu kurz. Er sieht ihn aber viel mehr als Opfer denn als Ankläger. Im übrigen glaubt Pittau an eine «abgekartete» Kampagne gegen die Jesuiten in Zentralamerika und inzwischen selbst in Europa.

Ludwig Kaufmann

Volkkrieg» als nunmehr einzige Möglichkeit zur Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft. Wie zwei Vertreter, der katholische Priester *Luis Gurriarán* und der Indianerbauer *Gabriel Ixmata*, Ende April im Rahmen ihrer Europareise auf

einer Pressekonferenz in Zürich darlegten, haben alle Mitglieder, mögen sie aus den neueren Volksorganisationen, den sozialdemokratischen Parteien, christlichen Organisationen oder Gewerkschaften herkommen, eine langjährige Erfahrung in friedlicher Aufbauarbeit zur Besserung der Lebensverhältnisse. Die beiden schilderten konkret ihren Einsatz im Aufbau der Genossenschaftsbewegung. Aber je erfolgreicher diese war, um so mehr hatte sie unter wirtschaftlichen Eingriffen von US-Entwicklungsorganisationen und bald einmal unter terroristischen Anschlägen zu leiden. Als Verfolgung, Folter und Mord immer mehr die Szene beherrschten, sahen auch zunächst pazifistisch eingestellte Persönlichkeiten wie Luis Gurriarán keinen anderen Ausweg mehr als die Unterstützung des bewaffneten Kampfes. Auf der Pressekonferenz wurden er und seine Begleiter nach ihrer Einschätzung der Lage nach dem Putsch befragt. Dazu erklärten sie, schon allein aufgrund der kriminellen Vergangenheit der Mitglieder der neuen Junta seien für das Volk keine Verbesserungen von Dauer zu erhoffen. Näherhin bezichtigten sie alle drei, an erster Stelle Juntachef General Efraín Ríos Montt, aber auch Maldonado Schaad und Francisco Gordillo, genau bestimmter Verbrechen und Massaker, die unter ihrer Verantwortung durchgeführt worden seien.⁷ Übrigens, so fügten sie bei, ist das jüngste Juntamitglied 57 Jahre alt. Wenn also wirklich «junge rechtschaffene Offiziere» den Putsch vom 23. März geführt haben sollten: heute sind nicht sie an der Macht.⁸

Ludwig Kaufmann

Ärzte und die sowjetische Friedensbewegung

Man stelle sich einen Atomkrieg in Europa mit Waffen in einer Gesamtstärke von 1000 Megatonnen vor. Im Gebiet zwischen dem Atlantik und dem Ural würden 167 Millionen Menschen auf der Stelle getötet und weitere 146 Millionen würden schwer verletzt und erlitten Verbrennungen. Die Überlebenden — denn es gäbe Überlebende — «würden bis ans Lebensende von physischen und psychischen Leiden und endloser Not geplagt.» Die düstere Voraussage schließt mit den Worten: «Ihre Kinder und Grosskinder wären, noch bevor sie geboren sind, mit einer verhängnisvollen Veranlagung zu bösartigen Krankheiten und Erbschäden belastet. Ja, die Lebenden würden die Toten beneiden».

Dieses und andere Szenarien des Jüngsten Gerichts sind häufig von westlichen Atomgegnern geschildert worden. Was dieses hier interessant macht, ist seine Quelle. Der Sprecher war Doktor Mikhail Ilyin, Präsident der sowjetisch nationalen Kommission für Strahlenschutz. Er sprach in Cambridge, England, an der zweiten Konferenz der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung von Nuklearkrieg (3. April, 1982). Diese Vereinigung wurde 1979 von zwei Harvard-Kardiologen, Professor Bernard Lown und Doktor James Muller, gegründet. Sie hatten bereits ausgedehnte berufliche Kontakte mit sowjetischen Spezialisten. Sie beschlossen zusammenzuarbeiten, um den Atomkrieg zu verhüten, «die letzte Epidemie», wie Muller ihn nennt.

Gerade rechtzeitig auf die Cambridge-Konferenz veröffentlichten drei sowjetische Doktoren von höchstem Rang eine Broschüre über *Die Gefahren des Atomkrieges*.¹ Broschüre und Konferenz waren wichtig. Sie erlauben folgende Fragen zu stellen und womöglich gleich zu beantworten: Ist die beginnende sowjetische Friedensbewegung aufrichtig? Oder ist sie eine Propagandaübung, dazu bestimmt, den Westen einzulullen in

¹ Publiziert von Novosti, Moskau, 1982. Die Autoren sind Eugen Chazov, Generaldirektor des nationalen kardiologischen Forschungszentrums und Mitglied der sowjetischen Akademie der medizinischen Wissenschaften; Leonid Ilyin, Direktor am Institut für Biophysik des Gesundheitsministeriums und Mitglied der Akademie; Anguelina Gouskova, Leiterin einer Abteilung am Institut für Biophysik. Chazov und Ilyin sind Präsident und Vizepräsident des sowjetischen Komitees der International Physicians for the Prevention of Nuclear War und Gouskova ein Mitglied.

Anmerkungen

¹ Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 17, 25. 4. 82, unter der Überschrift: «Ein gequältes Volk atmet auf – In Guatemala deutet sich ein politischer Klimawechsel an».

² Die «dringliche Mitteilung» richtet sich u. a. an internationale Institutionen für die Menschenrechte und an die demokratischen Kräfte in USA. Unterschrieben ist sie von der URNG: Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas.

³ Auslieferung ai: 3001 Bern, Postfach 1051; 5300 Bonn 1, Heerstr. 178; 1010 Wien, Eßlinggasse 15/4.

⁴ Honduras (Flüchtlinge aus El Salvador), Nicaragua, El Salvador, Guatemala. Vgl. Human Rights Reports – 4, Omega Books, Kerkstraat 150, B-2000 Antwerpen.

⁵ Vgl. Orientierung 1981/17 vom 15. 9., S. 181 (Bericht aus El Quiché).

⁶ Vgl. Zeugenaussage eines Soldaten, ai – Guatemala, S. 29ff.

⁷ Montt, der inzwischen vom Katholizismus zu einer amerikanischen Sekte übergetreten ist, führte 1973 das Massaker gegen die Bauern von Sansirisay an. Den Wahlbetrug von 1974, dessen Opfer er selber als Kandidat der Christdemokratie war, akzeptierte er, indem er einen Posten als Militärattaché in Madrid annahm und sich eine Million Dollar auszahlen ließ. Schaad war Chef der Ehrengarde am Sitz des Armeegeheimdienstes und des Generalstabes: seine Truppen beteiligten sich an den Massakern in Quiché. Gordillo schließlich stand der Kaserne von Quetzaltenango vor, in welcher der Bauernführer Memeterko Toj Medrano und andere mit ihm gefoltert wurden.

⁸ Zu einer ähnlichen Beurteilung kommt auch die evangelische Theologin Julia Esquivel, vgl. Relations (Montréal, Mai 1982). Sie vertraut auf den Widerstand, insofern er zunächst während 12 Jahren (seit 1962) im Stillen vorbereitet worden sei. Mit Jesaja hofft sie auf einen Frieden, den es nur als «Frucht der Gerechtigkeit» gibt.

einen Verzicht auf die Erneuerung und Entwicklung seiner nuklearen Stärke?

Man kann mit der einfachen Beobachtung beginnen, daß die sowjetischen Ärzte Menschen sind mit menschlichen Emotionen. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder zu Asche verbrennen oder — bestenfalls — mit wenig Hoffnung auf medizinische Behandlung überleben. Ich kann keinen Grund sehen, ihre Aufrichtigkeit zu bezweifeln, wenn sie, wie andere, empört sind über das Mißverhältnis zwischen Ausgaben für das Gesundheitswesen und Rüstungsausgaben. Sie weisen beispielsweise darauf hin, daß die Weltgesundheits-Organisation (WHO) in den letzten zehn Jahren 83 Millionen Dollar für eine Kampagne zur Ausrottung der Pocken ausgegeben hat, also weniger als der heutige Preis eines einzigen strategischen Bombers. Solche Mißverhältnisse offenbaren das Wertesystem unserer Zivilisation.

Supermächte im gegenseitigen stereotypen Urteil

Es dürfte nicht allzu schwierig sein einzuräumen, daß Menschen — in diesem Falle sowjetische Ärzte — tatsächlich zum Menschengeschlecht gehören. Doch das Klischee will, daß die Sowjetführer, wenn nicht gar die Sowjetbürger, aggressiv, trügerisch, gefühllos, kriegshetzerisch und der Vernunft nicht zugänglich seien. Eigentümlicherweise ist dies das genaue Spiegelbild des sowjetischen stereotypen Urteils über die Amerikaner. Spuren davon zeigen sich auch in der Broschüre der sowjetischen Doktoren. Nicht zu Unrecht weisen sie darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die ersten waren, die Atombombe 1945 einzusetzen, und daß dies immer noch der einzige Fall ihres Einsatzes gegen Menschen darstellt. Die Sowjets testeten ihre Bombe erst 1949.

Um sich jedoch dieses Argument zu eigen zu machen, müßte einer ziemlich sicher sein, daß hier nicht technologische Unterlegenheit in einen Anspruch auf sittliche Überlegenheit verdreht wird.

Die Sowjets scheinen echt verwirrt zu sein über die Komplexität der US-Politik. Präsident Jimmy Carter schien die SALT-II-Gespräche abschließen zu wollen, als er durch Präsident Ronald Reagan ersetzt wurde. Reagan lieferte prompt Stoff für

das sowjetische Klischee eines harten und anmaßenden Militaristen. Offensichtlich ermöglicht eine vierjährige Amtszeit eine plötzliche Änderung der Politik, wie es in einer Einparteiendiktatur nicht geschehen kann.

Wenn die russischen Führer als vernünftige Menschenwesen behandelt würden und die westlichen Führer in diesem Sinne auch versuchten, sich so vernünftig zu benehmen, wie sie zu sein vorgeben – welche Bedeutung hätte dann noch die große ideologische Scheidelinie? Denn diese Leute sind doch Kommunisten, Marxisten, Materialisten. Sie denken nicht wie andere denken.

Die Gefahren des Atomkrieges bestätigt etwas, was schon lange vermutet worden ist. Der Marxismus hat keine intellektuelle Vitalität mehr, seine kreativen Möglichkeiten scheinen erschöpft zu sein, ja noch mehr, niemand erwartet, daß er wieder auflebt. Es ist eher erstaunlich und sehr erfreulich zugleich, daß die sowjetischen Doktoren weder *Karl Marx* noch *V. I. Lenin* zitieren. Nicht einmal rituell beugen sie die Knie vor ihnen. Zu Stalins Zeiten hätte dies einen Schuß in den Nacken bedeutet. Ihre «kulturelle Welt» ist eine, die wir gemeinsam haben. Sie erinnern sich des hippokratischen Eides, den sie als Grundlage für medizinische Ethik betrachten. Sie zitieren den Humanisten Erasmus aus der Zeit der katholischen Renaissance, wie Kriege nur wenigen Nutzen bringen auf Kosten des Elends vieler (mit dem Hinweis, daß dies nicht mehr stimme). Sie suchen Albert Einstein nachzueifern in seinem Bestehen auf intellektueller Redlichkeit im Umgang mit Problemen. Zustimmend zitieren sie die von der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften erarbeitete Erklärung über die Folgen des Einsatzes von Kernwaffen. Die Tradition, auf die sie sich bewusst beziehen, ist die europäisch rationalistische Tradition der Aufklärung. Obwohl öfters zuvor Marxisten die Aufklärung als Vorläuferin von Marx darstellten, so war dies nur in einem sehr losen und allgemeinen Sinn gemeint. Die sowjetischen Doktoren geben uns zu bedenken, dass auch sie «Europäer» sind. Und wenn Ilyin die grauenhafte Aussicht auf einen Atomkrieg in Europa vor Augen führte, dann war der europäische Teil der Sowjetunion – «bis zum Ural» – mitgemeint.

Atomkrieg — «die letzte Epidemie der Menschheit»

Es gibt viele Gründe, warum Mediziner an der vordersten Front dieser Kampagne sein sollten. Sie haben ja ein berufliches Interesse an der Gesundheit; in den letzten Jahren bekam die Medizin eine Gemeinschaftsdimension und befaßte sich immer mehr mit Vorbeugung. Verschiedene Epidemien bedrohen uns, keine jedoch wäre in ihren Folgen so verheerend wie ein thermo-nuklearer Krieg. Überdies ist die Medizin trotz einiger Grauzonen von Scharlatanerie eine empirische Wissenschaft, die mit Experiment und Beobachtung voranschreitet. Als solche ist sie nicht ideologisch. Es wäre schwierig, den Marxismus in die Diskussion um Blutgruppen einzuführen. Und publizierte Artikel — wo immer sie publiziert werden — müssen vor fachkundiger Kritik bestehen können. (Die Sowjetärzte sind nebenbei gesagt regelmäßige Leser von *The Scientific American*.) Schliesslich besteht über alle Grenzen hinaus eine weltweite Verbindung unter den Medizinern.

Während die internationale Gemeinschaft der Psychiater wegen der Behandlung der Dissidenten in den sowjetischen Spitälern noch geteilt ist und auch die Biologie in der Sowjetunion eine Zeitlang auf Stalins Anordnung zurückgestellt worden war, ist die Medizin (verhältnismässig) eine Gemeinschaft von Gelehrsamkeit geblieben.

Die wichtigste Behauptung der Sowjetdoktoren lautet, daß ein *begrenzter* Atomkrieg nicht möglich ist und daß ein Atomkrieg nicht gewinnbar ist. Es würde keine Sieger geben, nur Opfer. Es muß deshalb alles getan werden, einen Atomkrieg von allem Anfang an zu verhindern; und der erste Schritt dazu wird sein, die nuklearen Bestände zu kontrollieren, dann zu reduzieren und schließlich zu vernichten.

Ein Nebenthema war, wie manche amerikanische Analytiker und Kommentatoren, im Bemühen, das Publikum zu einem falschen Sicherheitsgefühl zu verleiten, beständig die Auswirkungen der Kernwaffen herunterspielen. Beispielsweise wird gesagt, daß eine «Demonstrationswaffe» eingesetzt werden könnte – vermutlich über einer Wüste, wo es keine oder nur wenige Menschen gibt. Es wird behauptet, daß ein Atomkrieg auf eine «Region» begrenzt werden könnte, wobei Europa als eine Region zählt. Die Wirksamkeit des «Zivilschutzes» gegen einen atomaren Angriff wird gepriesen, die medizinischen Auswirkungen der Atomwaffen werden möglichst klein dargestellt, und die Neutronenbombe wird in Orwellscher Neusprache als «sauber» beschrieben.

All diese Machenschaften maskieren die Wahrheit, daß Ärzte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nun bereit sind, offen zuzugeben, daß sie für die Opfer eines Atomkrieges sehr wenig tun könnten. An ihrem ersten Kongreß in *Airlie* (Virginia) vom 20. – 25. März 1981, stimmten sie darin überein, daß die «medizinischen Ressourcen nicht ausreichen, mit den durch Druckwelle, thermische Energie und Strahlung Verletzten fertig zu werden.» Der Grund ist klar. 80% der Ärzte wären tot. 80% der Spitalbetten wären zerstört. Vorräte an Blutplasma, Antibiotika und Arzneimittel wären verloren. Nahrungsmittel und Wasser wären verseucht. Die Transport- und Kommunikationssysteme wären zusammengebrochen.

Das Problem einer «offiziellen» Friedensbewegung

Wenn nun die Sowjets unaufrichtig wären, wenn der Zweck der Übung ein Propagandaversuch wäre, das Vertrauen des Westens auf Atomwaffen zu untergraben, dann hätten sie ihr eigenes Volk über die Folgen eines thermonuklearen Konflikts in Unwissenheit gelassen. Über die *Airlie*-Versammlung wurde in der Sowjetpresse breit berichtet; und schätzungsweise 150 Millionen Sowjetbürger sahen zwei Dokumentarprogramme über die Unwahrscheinlichkeit einer angemessenen medizinischen Versorgung nach einem Atomangriff.

Hier stoßen wir auf die Schlüsselfrage. Die sowjetischen Doktoren sind selber die Quelle für die Bemerkungen im obigen Abschnitt zur Berichterstattung über *Airlie* (Virginia) und die Fernsehprogramme. Wenn wir nicht genau wissen, was die Artikel und die Programme beinhalten, können wir nicht schliessen, daß eine wirkliche Änderung der Politik eingetreten ist.

Denn es hat in der Sowjetunion immer eine offiziell geförderte «Friedensbewegung» gegeben. Sie ist sorgfältig kontrolliert und manipuliert worden. Eine echt spontane Bewegung wie jene, die sich jetzt in der DDR entwickelt («Schwerter in Pflugscharen») ist nicht das, was die Sowjets wollen. Doch die Tatsache, daß die sowjetische Friedensbewegung offiziell ist, bedeutet, daß wir dann aufhorchen und es zur Kenntnis nehmen müssen, wenn sich *ein neues Thema Einlaß verschafft*.

In der Vergangenheit vermochte die sowjetische Friedensbewegung wenig mehr als bloß Klischees in den Mund zu nehmen und Fabrikresolutionen zu soufflieren, deren Funktion darin bestand, die ganze Schuld der anderen Seite, den Kapitalisten zuzuschreiben. Wenn nun jedoch Spitzenärzte mit Information über die Gefahren des Atomkrieges beim Publikum Alarm schlagen dürfen, dann hat es eine Veränderung der Politik gegeben. Es mag nur ein Anfang sein. Es mag ein Versuchsballon sein. Vielleicht kann es die unausweichliche Führungskrise nicht überleben. Aber wenigstens ist eine Idee gepflanzt worden und kann nun wachsen: der wirkliche «Feind» sind nicht so sehr die USA und ihre NATO-Verbündeten, sondern der *nukleare Krieg selber*.

Die sowjetischen Ärzte zitieren im zustimmenden Sinne die *Airlie*-Deklaration, wonach «Kriege im Verstand beginnen, der Verstand aber auch fähig ist, Krieg zu verhüten». Auch dieser Satz gehört eher zur optimistischen Ideologie des Rationalismus aus dem 18. Jahrhundert als zum Marxismus. Vielleicht

wäre der originelle Beitrag, den Christen zu dieser buchstäblichen Leben-oder-Tod-Debatte leisten zu könnten, die Einführung des Begriffes von Reue. Denn Reue hat eine politische Dimension. Es ist gut, daß zu guter Letzt beide Seiten *höchst erschreckt sind*: dies ist ein neuer Faktor. Wenn sie überdies noch zugeben könnten, daß sie auf einer falschen Fährte gewesen sind und daß es keine militärische oder politische Rechtfertigung gibt für Waffen, welche den Planeten zerstören können, dann kämen sie wirklich in die Lage, etwas dagegen zu tun.

Die Sowjetärzte – und das ist ein Hauptfehler – sind noch nicht zur Reue fähig. Sie nehmen die Haltung des Tugendhelden ein. In ihrem Bild von der Welt werden die unermüdlichen sowjetischen Friedensinitiativen beständig von empfindungslosen westlichen Militaristen zurückgewiesen. Demgegenüber ist die Sowjetunion lilienweiß in ihrer Unschuld. Der einzige Grund, warum sie solch schreckliche Waffen besitzt, ist – man kann es erraten – deren Verteidigungscharakter. Sie wird nie den ersten Schlag führen. In dieser Sache, schreiben die sowjetischen Doktoren, «sind wir bereit, jedem Land ohne Ausnahme gesetzliche Garantien zu geben». Diese hartnäckige Selbstgerechtigkeit nimmt die Lust am Lesen.

Streßsymptome im Leben mit Atomwaffen

Aber vielleicht gibt es einen *wissenschaftlichen* Ausweg. Die sowjetischen Doktoren zeigen, daß sie sich selber des Faktors *Streß* bewußt sind. In Westdeutschland sind Studien über die neurophysiologischen Folgen fürs Leben unter der Bedrohung eines Atomkrieges gemacht worden.

Noch konkreter sprach Professor *Lloyd J. Dumas* in Cambridge über die Streßsymptome, wie sie bei jenen auftreten, die mit solchen Waffen umgehen. Diese Menschen haben die Tendenz, einsam, abgeschnitten und gelangweilt zu sein und ein hohes Vorkommen von Alkoholismus und Drogenkonsum aufzuweisen. Zwischen 1975 und 1977 mußten mehr als fünf Prozent der amerikanischen Militärpersonen mit Zugang zu Kernwaffen entlassen werden. Man muß ziemlich abgestumpft sein, so zu sprechen, wie ein britischer Kampfpilot es kürzlich tat, als er die Atombomben, die er unter jedem Flügel mitführte, als «Kübel mit Sofort-Sonnenschein» bezeichnete. Vielleicht muß man verrückt sein.

Cap Anamur – Keine Garantien mehr?

Die Millionenzahlen von Flüchtlingen in aller Welt stumpfen ab. Nur die Konfrontation mit dem Schicksal konkreter Menschen fordert uns heraus. So jedenfalls bezeugte eindrücklich der in der zweiten Maihälfte gleichzeitig in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz vom Fernsehen ausgestrahlte Film von M. Imhoof «*Das Boot ist voll*». Die (am Schicksal einer jüdischen Flüchtlingsgruppe in einem Schweizer Grenzdorf während des Zweiten Weltkriegs) dargestellte Spannung zwischen staatlich-«legaler» Aufnahmebeschränkung einerseits und dem (wachsenden) Helferwillen einzelner und Gruppen aus der Bevölkerung andererseits ist nach wie vor aktuell: Der folgende Beitrag reichert die Problematik durch die Rolle an, die die Medien bzw. das Konzept der Berichterstattung in der Flüchtlingszene spielen. Der Autor, Dr. *Rupert Neudeck*, früher Herausgeber einer Medienzeitschrift und heute Redakteur am Deutschlandfunk in Köln, ist unseren Lesern bereits als Initiator des *Deutschen Komitees Notärzte e. V.* bekannt (vgl. Orientierung 1981, S. 151ff.: Uganda). Seinerzeit (1979, S. 150ff.) hat er uns aus Augenschein über das Drama der Boat-People und die Hilfe des französischen Hospitalschiffes «*Ile-de-Lumière*» berichtet, ein Beitrag, der ein tatkräftiges Echo zugunsten «*Ein Schiff für Vietnam*» auslöste. Kurz zuvor war das Komitee gegründet worden, das dann im August 1979 mit Spendenmitteln der Bevölkerung das Cargo-Schiff *Cap Anamur* charterte. Bis heute (17. 5. 1982) konnte es insgesamt 9509 Menschen aus Seenot, vor dem Ertrinken oder aus den Händen von Piraten retten, und noch am Stichtag erhöhte sich die Zahl der Boat-People an Bord auf 238. Die letzte von drei Rettungsaktionen innert sechs Stunden betraf 16 völlig erschöpfte Flüchtlinge, die zuvor dreimal von Piraten überfallen worden waren. Angesichts der

Bis jetzt waren die Sowjets zurückhaltend, über ähnliche Probleme bei ihren Wehrmännern zu sprechen. Doch gibt es keinen Grund anzunehmen, die gleichen Ursachen würden nicht die gleichen Wirkungen hervorbringen. Auf dieser Ebene ist der Punkt Propaganda – die Schuld liege bei den Vereinigten Staaten und die sowjetischen Waffen seien nur defensiv – ohne Belang. Es ist das *Leben mit den Waffen*, das den Streß erzeugt, nicht die vermeintliche Berechtigung der Sache, für die sie eingesetzt würden. Keine noch so gute Sache kann sie rechtfertigen.

Streß könnte ein vielversprechender Forschungsgegenstand sein, weil er ein gemeinsames Interesse identifiziert. Ein weiteres gemeinsam geteiltes Interesse der Vereinigten Staaten, der NATO und der Sowjetunion ist die Nicht-Verbreitung. Es wäre sinnlos, wenn sie sich anschickten abzurüsten, während gleich um die Ecke irgend ein wahnsinniger Führer sich mit denselben Raketengeschossen ausrüsten würde, auf welche die Supermächte eben verzichtet hätten. Die Möglichkeit, daß einer «die ganze Welt gegen Lösegeld festhält», kann nicht ausgeschlossen werden.

In Cambridge waren sowohl Militärs als auch Ärzte anwesend. General *Mikhail Milstein*, Professor an der sowjetischen Militärakademie und eine Autorität in US-Strategie, wurde von US-Admiral *Noel Gayler* gefragt: «Würden Sie mit uns Einzelheiten über Ihre Zivilschutz-Anlagen gegen Lagepläne unserer Raketen austauschen?» – «Nein», antwortete Milstein, «denn Sie würden uns veraltete Pläne geben.» Die Bemerkung zeigte zunächst, daß er Sinn für Humor hat, dann aber auch, daß es noch eine riesige Vertrauensklüft gibt, die es zu überbrücken gilt.

Die vielleicht bedenkenswerteste Bemerkung in der Debatte, als Gayler gefragt wurde, was er von den traditionellen militärischen Tugenden – Mut, Tapferkeit, Ehre – halte: Für solche Tugenden, meinte er unverblümt, würde es in einem thermonuklearen Krieg keinen Platz mehr geben. Es wäre nicht mehr ein «Krieg wie er traditionell verstanden wurde». Es gäbe keine Kontinuität zu vorausgegangenen Kriegen. Er wäre qualitativ und quantitativ verschieden. Der einzig vernünftige Weg ist, zu sorgen, daß er nicht stattfindet. *Peter Hebblethwaite, Oxford*

Übersetzt aus dem Englischen von Karl Weber

immer noch verzögerten Piratenbekämpfung im Golf von Siam – drei Viertel aller Flüchtlingsboote, die 1981 in Thailand ankamen, waren Opfer mindestens eines Überfalls geworden – stellt die *Cap Anamur* eine einsame schwimmende Schutzinsel dar (vgl. «*Neue Zürcher Zeitung*», Wochenendbeilage 9./10. April). Sie ist aber auch selber bedroht. Ob sie den Sommer überlebt, ist ungewiß. Warum, wird im folgenden dargelegt. (Red.)

«Infolge der nach hiesiger Kenntnis letzten Rettungsaktion vom 12. April 1982 besteht also augenblicklich ein Überhang von zwei Personen, für die das Auswärtige Amt keine Garantieerklärung abgeben kann. Für alle Schätzungen, die später keine Bestätigung finden, muß das Deutsche Komitee Not-Ärzte e. V. die volle Verantwortung tragen», heißt es in einem Brief des Auswärtigen Amtes vom 16. 4. 1982 an das Komitee.

Eine solche Garantieerklärung braucht jedes Schiff, das mit vietnamesischen Bootsflüchtlingen an Bord in einen Hafen Südostasiens einlaufen will. Es kann diese in letzter Not aufgefischten Menschen nur dann an Land geben, wenn die Garantie der Regierung und des Landes vorliegt, dessen Flagge dieses Schiff führt. Die Garantie besagt: Der Staat, der sie erklärt, nimmt diese Menschen nach einer sogenannten «Transit»-Zeit in sein Staatsgebiet auf. Denn die Flüchtlinge sind in Südostasien nur für diese Transitzeit von maximal sechs Monaten geduldet. Für das Hilfsschiff *Cap Anamur* wie für alle anderen

Schiffe deutscher Flagge war die humanitäre Arbeit seit dem 22. Juli 1979 durch diese Garantie der Bundesregierung ermöglicht. Zur gleichen Zeit erklärte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, *Günter van Well*, auf der Genfer Flüchtlingskonferenz: Die Bundesrepublik könne «Flüchtlingen, die von Schiffen deutscher Flagge aus Seenot gerettet werden und in keinem dritten Staat Aufnahme finden, die Aufnahme im Bundesgebiet nicht verweigern». Das Gegenteil, sagte er, würde bedeuten, daß diese Flüchtlinge, wenn sie nirgendwo in Südostasien akzeptiert würden, «auf hoher See wieder ausgesetzt werden müßten». Diese Erklärung galt bis zum 11. November 1981. An diesem Tag erklärte die Bundesregierung, daß sie mit dieser ganzen Aktion «eigentlich» nichts zu tun habe, da sie über kein Territorium verfüge. Und da nur die Bundesländer die Kompetenz hätten, Plätze für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, müsse das Deutsche Komitee Notärzte sich an diese wenden. Zusätzlich operierte man noch mit jener Unterscheidung, mit der man bereits dem französischen Schwesterkomitee (Comité «Un bateau pour le Vietnam») so viel Steine in den Weg gelegt hatte. Man unterschied zwischen kommerziellen Schiffen, für die die Garantie weiter gilt, und Rettungsschiffen, die mit der Intention ins Chinesische Meer gehen, dort Flüchtlinge zu suchen und bei Not und Gefahr zu retten. Die Rettungsschiffe und deren systematische Suche führen natürlich zu einer größeren Zahl an Flüchtlingen, die das jeweilige Land aufnehmen muß.

Heute ist die Situation die folgende: Die letzte, genau auf 600 Menschenleben beschränkte «Boot-Aktion» (ich benutze die vielen administrativ nüchternen Worte, an die wir uns im täglichen Verkehr mit den Behörden gewöhnt haben) wurde von drei Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen) noch schnell kurz vor Weihnachten 1981 geschenkt, weil es häßlich ausgesehen hätte, wenn man die Rettungen im Chinesischen Meer schon zur Weihnachtszeit 1981 unmöglich gemacht hätte. Zweimal ist das Schiff nun schon mit Flüchtlingen in den philippinischen Hafen Puerto Princesa eingelaufen, hat Flüchtlinge an Land gebracht, damit bereits 475 Plätze dieser Quote «konsumiert»; wir wurden also vor Antritt der letzten Rettungsoperation gewarnt, wir sollten aufpassen, nicht mehr in Todesnot sich erschöpfende Menschen zu retten, weil sich die Bundesregierung nur auf diese Zahl von 600 – oder nun nur noch 125 – einlassen könne – für andere gebe es «keine Deckung». Wie theoretisch ist das, wie furchtbar für den, der auf dem Meer an der Kommandobrücke eines 5350 Tonnen großen Schiffes entscheiden muß, der selektieren muß, damit er die bürokratisch ermittelte richtige Zahl von Menschen rettet? Just an dem Tag, da der eingangs zitierte Brief in Troisdorf eintraf, wurde ein winziges Boot gefunden, dessen Insassen zum Teil schwer schußverletzt aus Vietnam herausgekommen waren. Sollen nun fünf dieser Verwundeten an Bord genommen, die letzten zwei aber in dem lecken Boot im Wasser gelassen werden? – Wie stellt man sich das vor? Stellt man es sich vor?

Zwei zuviel

Am gleichen 16. April 1982 werden zwei Frauen und zwei Kinder aufgefischt, die die einzigen Überlebenden eines Bootes sind, das elf Tage vorher mit 42 Menschen an Bord die Küste Vietnams bei Rach Gia verlassen hat, 4 Uhr morgens. Im Telex des Kapitäns heißt es nüchtern: «5th a thai came alongside and took over 23 women and children but left the men on the boat.» Ein Piratenboot hatte die 23 Frauen und Kinder aufgenommen aus einem leckgeschlagenen Boot, am nächsten Tag verteilte es die Frauen und die Kinder an Piraten-«Kollegen». Glücklicherweise wurden zwei Frauen und zwei Kinder von einem Thai-Fischerboot aufgenommen, das die Flüchtlinge gut behandelte und ihnen zu essen gab. Die 19 Männer ertranken in dem Boot, von den übrigen Frauen und Kindern fehlt jede Spur. In Bangkok habe ich erfahren, was der Preis für eine Vietnamesin ist: 10000 Baht, das ist nicht viel, das sind etwa 1000 DM oder 500 Dollar. Die Vertreter des Flüchtlingskom-

missariats haben bei Stichproben schon Flüchtlingsfrauen in den Freudenhäusern Bangkoks gefunden und befreit. Aber: «Für alle Schätzungen, die später keine Bestätigung finden, muß das Deutsche Komitee Not-Ärzte e.V. die volle Verantwortung tragen.»

Über die Flucht der sieben, von denen wir zwei zuviel aufgefischt haben: Sie sind am 10. April aus den Küstengewässern Vietnams herausgegangen. Sie fischten im Verbund mit anderen Booten in einer Fischfang-Kooperative. Die Boote lagen am späten Abend um 22 Uhr mit abgeschalteten Motoren auf Drift. Es gelang, die Leinen zu lösen. Aber als sie die Maschine anwarfen, wurde ihr Vorhaben sofort durchschaut. Es entwickelte sich eine Verfolgungsjagd; dabei sind die Flüchtenden von wenigstens zwei Booten beschossen worden. Einem der Verfolger gelang es, sich auf 40 m zu nähern und mehrere Salven auf das flüchtende Schiff abzugeben. Einem der Flüchtlinge wurde durch beide Oberschenkel geschossen. Er stürzte auf dem kleinen Boot so unglücklich, daß er sich Rippenbrüche zuzog, lag dann aber noch zwei Tage in seinem Blut.

Am 12. April begegnet ihnen ein einzelner Thai-Trawler, der ihnen Verbandsmaterial gibt. Eine Stunde später tauchen die nächsten auf. Es versammeln sich in kurzer Zeit 12 Thai-Piraten, kreisen die Vietnamesen ein und zwingen sie zum Stoppen. Die Thais waren alle mit Lang- und Kurzwaffen ausgerüstet. Der Reihe nach kommen alle Thais und rauben die Flüchtlinge aus. Sie nehmen auch die Fische, den Treibstoff, sogar elektrische Kabel und Birnen mit sich und natürlich das Gewehr M 16, das die Vietnamesen weder gegen ihre Landsleute noch gegen die Thais benutzt haben. Der Arzt und Chirurg Dr. *Hans Georg Tafel* telegraphiert uns von Bord nach Troisdorf: «Der schwer schußverletzte Vietnameser bedurfte der sofortigen und dringenden Behandlung. Längere Zeit ohne ärztliche Hilfe hätte wahrscheinlich sein Leben gekostet.»

Das unendlich dankbare Lächeln – vorbei

Dieser 8. Mai, an dem ich diese Zeilen schreibe, ist der erste Tag, an dem ich mir eingestehen muß, daß das Schiff den Sommer kaum überstehen wird. Wir haben weder genügend Geld über den Juni 1982 hinaus, noch verfügen wir über Aufnahmeplätze in der Bundesrepublik. Beides hängt noch einmal ursächlich zusammen. Die Europäische Kommission, so durften wir hoffen, würde uns 1 Mio DM bewilligen (400000 ERE – Europäische Rechnungseinheiten); aber sie braucht vor der Bewilligung die Garantieerklärung einer Regierung, das heißt den Brief, in dem eine Regierung uns Aufnahmeplätze für gerettete Flüchtlinge verspricht. Da wir diesen Brief und diese Erklärung seit dem Dezember 1981 nicht mehr haben, bekommen wir nicht die eine Million, die zweieinhalb Monate Weiterarbeit – eine Unendlichkeit, wenn man die Flüchtlinge bedenkt, die man auf dieser Zeitstrecke treffen, retten, bergen kann – garantiert. Schon ein ganzes Jahr dauert jetzt der zermürbende Kampf um dieses Schiff im Südchinesischen Meer und um die Möglichkeit, dort weiter Leben zu retten. Das Schiff ist zu einem Symbol der Menschlichkeit und der direkten spontanen Aktion geworden. Das Schiff als Flüchtlingsfischer, biblische Sätze werden in der Erinnerung wach, die «Menschenfischer».

Jeder, der es einmal an Bord erlebt hat, wird es niemals vergessen: weit, ganz weit wird ein winziger Punkt mit den eigenen Augen sichtbar (auf dem Radarschirm ist nichts erkennbar, weil diese Boote zu winzig und weil sie fugenlos aus Holz sind, kaum Eisen aufweisen), wenn dann langsam, ganz langsam die Silhouette des winzigen 5-, 6-, 7-Meter-Boots erahnbar wird, das SOS-Symbol, die Cap Anamur die schweren Maschinen (Diesel- plus Schweröl) abstellt, man von ganz weit nur das Schreien, das Todesschreien, die Rufe aus Todesnot hört, erst nur als Gewisper, das dann über die Unendlichkeit des Meeres veräuschend stärker wird; das Boot dann, Gesichter dann, Gestalten, wenige vorerst, meist haben wir gedacht, ach, das werden dieses Mal «nur» 10 oder 15 Vietnamesen sein. Jetzt kommt das Boot längsseits, die Flüchtlinge weiter mit skeptischem Blick, manche vielleicht ahnend, daß dies ein Schiff ist, das sie nicht betrügt, das sie nicht nach Ho-Chi-Minh-Ville zurückbringt und damit ins Gefängnis, dann wird

die kleine Luke auf dem Flußboot, dem jämmerlichen, aufgemacht, und man sieht wie in einen hölzernen Sarg hinein: Jüngst noch waren es wieder 52 Menschen in einem Schiffsbauch, eine Menge, die niemand für möglich gehalten hätte. Dann kommen sie hoch, wenn sie noch einigermaßen bei Kräften sind, über die Strickleiter oder das Fallreep, wenn sie nicht mehr können, über die Plattform, die vom Kran ausgefahren wird, auf die alle Frauen, älteren Menschen und Babies gesetzt werden. Oben an Bord dann der Moment, daß diese Menschen stehen, aber dann nach den ersten Schritten in den Kniekehlen einknicken und zusammenbrechen, so anstrengend war die Fahrt über das Meer, so fürchterlich eng haben sie zusammengesessen, so wenig zu essen und zu trinken haben sie gehabt, so stark sind sie von der Sonne verbrannt, da sie sich auf den offenen Booten nicht schützen konnten. Dann in der provisorischen Küche der erste heiße Tee, dann legt sich die Spannung auf den Gesichtern, ein erstes leichtes Lächeln kommt auf. Dieses unendlich dankbare Lächeln in der Küche zwischen Luke I und Luke II an Bord der Cap Anamur reicht als Stachel, Ansporn, Motiv. Nie werden wir diese Aufgabe aus eigenem Antrieb verlassen.

«Das vergißt sich nicht», hatte Kant nach der Französischen Revolution gesagt – dies hier kann ich, können wir nie vergessen.

«Report»-Zuschauer charterten Cap Anamur

Möglich ist alles geworden durch die Unterstützung der ganz vielen. Die ganz vielen haben wir erreicht auf keinem anderen Wege denn über die Medien. Menschen müssen informiert werden, um motiviert zu sein für Hilfe. Keine Frage: es war der Glücksfall, daß es immerhin *eine* Redaktion im bundesdeutschen Fernsehen gab, die dieses Schiff und weitere Projekte des Komitees begleitet hat. Ich habe mir die Frage stellen müssen, ob es überhaupt ein Schiff hätte geben können, ob es die Arbeit von Hunderten von Ärzten und Schwestern des Komitees in Somalia und Uganda gegeben hätte ohne diese eine Redaktion, ohne diesen einen *Franz Alt* vom Südwestfunk Baden-Baden. Die Antwort ist eindeutig: Nein. Daß im deutschen Fernsehen Mut dazu gehört, so etwas zu machen, zeigt mir die jüngste Entwicklung. Kaum jemand ist bereit, solche Themen zu «machen», weil sie bei der Regierung und innenpolitisch umstritten sind. Franz Alt hat diese Berichte in Auftrag gegeben, lange harte Kämpfe durchgestanden, sie dann gegen heftige Widerstände gemacht, gesendet. Andere, die ich in den letzten Monaten anscrieb, antworteten mit Argumenten und Einwänden, daß mir als Journalist ganz flau wurde, ich mich meines Berufes schämte.

Seit Mitte Dezember 1981 operiert die Cap Anamur im Golf von Thailand. Nachdem drei Massenerschießungen von Flüchtlingen durch Piraten bekannt wurden (das letzte Mal Anfang Dezember: 86 Tote), ging die Cap Anamur in den Golf und stand damit in riskanter Berührung mit den Thai-Piraten. Darauf informiere ich einige deutsche Fernsehjournalisten, die mich früher einmal darauf angesprochen haben, ob man nicht einmal von Bord aus eine «Piratenstory» drehen könnte; ich erkläre ihnen, daß dies jetzt – leider – möglich ist. Der stellvertretende Chefredakteur des Südwestfunks, *Thomas Reimer*, antwortet mir:

«Angesichts der Situation und der Diskussion glaube ich, daß ich die Realisation nicht sehe. Ich muß nicht weiter betonen, daß ich dieses Thema, wie das Drumherumliegende, auch weiterhin für ein sehr wichtiges Thema halte. Aber die Cap Anamur ist von seiten des Südwestfunks mit viel zu viel Emotionen belegt. Ich meine damit, um nicht mißverstanden zu werden, daß Projekten dieser Art Emotionen entgegen geschlagen können, da sie von uns mit Emotionen vorgetragen wurden. Ist es denn wirklich nicht möglich, die Thematik, die ja nun wirklich eine sehr journalistische ist, die nach Aufklärung und Bildern schreit, woanders unterzubringen?»

Man sieht die Widersprüchlichkeit, die verschämte Entschuldigung: ein Thema, das «nach Aufklärung und Bildern schreit», das ein «sehr journalistisches ist», kann nicht realisiert werden, weil es im eigenen Sender «mit zu viel Emotionen belegt ist»!

Was sind das für «Emotionen», was verbirgt sich hinter der Chiffre «Emotionen»? Tatsache ist, daß die Fernsehzuschauer

Umstrittenes Rettungsschiff

Einwände und Argumente ließen das Unternehmen der Cap Anamur oft in einem Zwielicht erscheinen. Der häufigste Einwand: die «Sog-Wirkung», will sagen, das Schiff produziert erst die Flüchtlinge, die es dann nicht einmal alle retten kann. Dieser Einwand ist so alt wie die Existenz des Schiffes. Er ändert nichts an der Tatsache, daß der Flüchtlingsstrom bestand, bevor es den Gedanken an so ein Schiff überhaupt erst gab. Er hindert auch nicht, daß weiter die Mehrheit der Flüchtlinge von der Existenz dieses Schiffes nichts weiß, die Minderheit wiederum, die von der Cap Anamur weiß, sich der Gefahren des Meeres und der schieren Unmöglichkeit, in diesem Ozean *ein* Hilfsschiff zu finden, sehr realistisch bewußt ist.

Daß der Flüchtlingsstrom sich geändert habe, in der ethnisch-sozialen Zusammensetzung, ist nur in bezug auf *eine* Größe richtig: Vor der Genfer Flüchtlingskonferenz im Juli 1979 wurden in der Mehrheit die Vietnam-Chinesen aus dem Land getrieben und machten bis zu 80 Prozent der Flüchtlinge aus. Nach dem Sommer 1979 bestand der Strom der Flüchtlinge aus Vietnam aus allen sozialen, politischen und ethnischen Schichten der vietnamesischen Bevölkerung. Von allem Anfang an waren immer sehr viele Kinder und Jugendliche auf den Fluchtbooten, auch relativ viele sogenannte «unaccompanied minors», unbegleitete Einzelkinder. Die Mär, es habe diese Menge von Kindern erst von einem bestimmten Zeitpunkt an gegeben, stammt von Journalisten, die sich nicht kontinuierlich für dieses Problem interessiert haben. Allein die Durchsicht der Listen der Cap Anamur widerlegt diesen Einwand hinreichend.

R.N.

dieses Schiff «gemacht» haben, genauer: daß die Zuschauer des SWF/ARD-Fernsehmagazins *Report* es «gemacht» haben. Sie haben dreimal, durch dieses Magazin angeregt und aufgeregt, dreimal in einem Zeitraum von gut zwei Jahren, immer wieder dafür gesorgt, daß die irrsinnig hohen Kosten für die Charter des Schiffes zusammenkamen. Die «Report»-Zuschauer haben uns im Juli 1979 den Auftrag gegeben, als sie allein unsere Ankündigung, ein eigenes Schiff ins Meer von China zu schicken, mit einer Spendensumme von über zwei Millionen DM bedachten. Dieses Ergebnis – drei Tage nach der Report-Sendung vom 23. Juni 1979 – war der klare Auftrag, nicht mehr nur das damals schon operierende Schiff «Ile-de-Lumière» zu unterstützen mit den eigenen Geldern, sondern auch ein eigenes Schiff zu chartern. Später, 1980, half uns «Report» erneut, und zwar nur durch einen minutenlangen Bericht und durch die Einblendung der Kontonummer des Deutschen Komitees Not-Ärzte. Dies wiederholte sich dann im April 1981, als das Komitee in höchster Finanznot war. Wieder gab es wenige Bilder, drei Minuten Filmausschnitt aus einer Reportage, die ein Privatmann auf eigene Kosten an Bord gedreht hatte, dann die Kontonummer als Information und Service für das Publikum. Die Folge, unerwartet und unerwartbar: mehr als vier Millionen DM auf einen Schlag. Bei monatlich kalkulierten Kosten von grob 400000 DM für das Schiff (Charter, Treibstoff, Verpflegung, Unterkunft, Medikamente) ergab das wieder eine Atempause von mehr als zehn Monaten ...¹

Warum kann es bei einer so eindeutig vernünftigen, ja humanitär erfolgreichen Verfahrensweise Probleme geben?, wird sich der Leser fragen. Einige Antworten möchte ich versuchen:

(Fortsetzung auf der übernächsten Seite)

¹ Zur Spendenbereitschaft der Bürger: Es sind bislang über 37 Mio Deutsche Mark an Spenden für drei Projekte eingegangen: das Schiff Cap Anamur und zwei medizinische Versorgungsprojekte in Somalia und Uganda. Der Löwenanteil der Spenden entfiel auf das Schiff Cap Anamur: über 18 Mio DM. Diese Spendenzahl wird dadurch noch interessanter, daß die durchschnittliche Spende beim Komitee etwa 20 DM beträgt. Gerade dieser Faktor, daß immer Hunderttausende – im Gesamtergebnis Millionen – Bürger mit ihrer Spende «abgestimmt» haben, verlieh dieser Schiffsaktion einen geradezu plebiszitären Charakter.

Journalist, Aktualitätswelle und andauernde Herausforderung der Not

Im Grunde ist es ein journalistischer «Skandal», daß diese Vietnam-Flüchtlingsgeschichte immer noch andauert, das Schiff immer noch an den Küsten Thailands und Malaysias kreuzt. Der Journalist und die Medien leben und arbeiten in kurzen Zyklen, drei Monate kann eine «heiße» Geschichte andauern, dann muß sie zu Ende sein, oder es muß ihr ein Ende bereitet werden. Der Journalist schiebt dann das Publikum vor: das sei nach so langer Zeit der Sache überdrüssig. Die Erfahrung lehrt, daß es der Journalist ist, der auf der Suche nach Feldern neuen Elends ist. Es muß schön nach Tod und Blut, nach Elend schreien, dann ist es richtig.

Hundertmal habe ich erlebt, wie Journalisten (oder solche, die sich dafür halten) als erstes kurz nach Eintreffen auf dem Flüchtlings- und Katastrophengebiet fragen: «Wie viele Kinder sterben hier täglich, nächtlich, wöchentlich?» Wenn man dann nicht eine knackige Zahl von täglich sterbenden Kindern vorweisen kann, dann sieht sich der Kollege schon mit seiner «Geschichte» bei seinem Chefredakteur gescheitert – oder er plant gleich schnell die *Anti-Geschichte*, mit der noch Spektakuläres herauszuholen ist: «Es gibt kein Flüchtlingsproblem mehr in ... Keine Not mehr unter ... Keine sterbenden Kinder ...»

«Und führen, wohin Du nicht willst ...»

Freunde aus alten Tagen werden damit nicht fertig, werfen es mir vor – nicht laut, aber hinterrücks: Ich bekomme es immer erst später mit. Ich war als politischer Journalist, zumal mit medienpolitischen Fragen beschäftigt, festgelegt. Ich galt als links, nicht als partei-links, aber eben – irgendwie links. «Man» tat einiges nicht, manches kam nicht in Frage, z. B. mit Zeitungen des Springer-Hauses etwas zu tun zu haben, sich die Hände schmutzig zu machen bei der Berührung mit Kollegen von Zeitungen, die zu verachten man gelernt hatte. Man sollte das öffentlich-rechtliche Radio hoch-, das kommerzielle niederhalten. Radio Luxemburg galt als der Abschaum und die verkleinerte Ausgabe der amerikanischen Medien-Verirrung. Tritt einer in den Dienst einer humanitären Aktion, dann denkt er um, ganz von sich weg und seinen Geschmackspräferenzen. Schließlich will er nicht einen Teil der Bevölkerung erreichen, sondern alle. Die Devise, die ich schon von den Franzosen 1979 lernte, lautet: «Niemand ist ausgeschlossen, es sei denn, er schließt sich selbst aus.» In der «Bild»-Boulevard-Zeitung (Auflage 4,5 Mio täglich) zu schreiben oder gedruckt zu werden – igittigitt, das gehört sich schon gar nicht. Die linke Monatszeitschrift «Konkret» meinte, mir das Etikett «Florence Nightingale der «Bild»-Zeitung» aufkleben zu sollen. Das alles stört mich gar nicht mehr: Es zählen die Resultate, nicht gute, schon gar nicht politisch-richtige Meinungen. Wer die humanitäre Herausforderung annimmt – die über *alles politische Begreifen* geht –, ist willkommen, er heiße *Heinrich Böll* oder *Matthias Walden*¹. Mit Walden verbindet mich mittlerweile einiges, trennt mich weiter vieles. Das normal zu finden, das auszuhalten, halten viele Kollegen, hält man in unserer Bundesrepublik für nicht verständlich. Man braucht Haltungen, die «klar Schiff» machen, eindeutig, unabgelenkt, ohne Abweichungen, ohne Ausflüge, ohne Passagen nebenbei.

Der Streit soll weitergehen, aber die humanitäre Arbeit soll uns einigen. Die Franzosen haben diese Gemeinsamkeit im Humanitären bis zu einer Pressekonferenz mit *Raymond Aron* und *Jean-Paul Sartre* im Juni 1979 im Hotel Lutétia in Paris gebracht. Mein Traum: Daß es eines Tages im Rahmen der Ak-

¹ *Matthias Walden* war Chefkommentator des Senders Freies Berlin und ist weiterhin Kommentator in allen Publikationen des Springer-Verlags. Als Kommentator des Berliner Senders hatte Walden 1973 einen Kommentar zu der Frage publiziert, wer den deutschen Terrorismus verursacht habe. Walden wies dabei dem Schriftsteller *Heinrich Böll* eine, wenn auch nicht beabsichtigte, Mitschuld zu. Böll klagte darauf, die Prozesse folgten einander von einer in die nächst höhere Instanz. Jedenfalls war der Streit im Frühjahr 1979 nicht entschieden.

tion *Cap Anamur* zu einer Pressekonferenz gemeinsam mit *Matthias Walden* und *Heinrich Böll* kommen wird. Aber ich fürchte, soweit sind wir noch nicht, daß man sich physisch so nahe kommt, sogar gemeinsam in Richtung Publikum und nicht gegeneinander sitzt und Plädoyers hält. *Heinrich Böll* sagte es, damals, als wir am 22. April im Auto auf dem Wege zu der allerersten Pressekonferenz ins Restaurant Tulpenfeld nach Bonn fuhren: «Nein, *Neudeck*, so weit geht die Gemütlichkeit bei uns nicht, da sind uns die Franzosen überlegen.» Jüngst noch am 7. Mai prangte das Bild von dem großartigen Händedruck zwischen *Jean-Paul Sartre* und *Raymond Aron* im Hotel Lutétia in der «Zeit». Warum gibt es so wenig, auf das sich Deutsche gern gemeinsam einlassen, warum müssen wir uns in allem zerspalten?

Wir machten die Erfahrung, daß man nicht arglos die Stimmen weitergeben soll, die zur Lebensrettung aufrufen. Daß wir ein Vorwort von *Heinrich Böll* unserem einen Bildbuch vorangestellt haben, trug uns Kritik in München ein. Böll schrieb: «Jemand, der am Ertrinken oder vom Ertrinken bedroht ist, den frage ich nicht nach seiner politischen Herkunft, auch dann nicht, wenn er gerettet ist.» Daß wir einfach ein Wort von *Herbert Wehner*, dem umstrittensten, aber wahrscheinlich menschlich-gütigsten unter so vielen nüchtern-kalkulierenden Politikern in Bonn – daß wir ein Wort *Wehners* für dasselbe Buch wählten, trug uns eine ähnliche Schelte ein. Für mich hat niemand etwas Treffenderes und Schöneres bisher gesagt als dieser *Herbert Wehner* in einem Brief an das Komitee Not-Ärzte vom 21. April 1980: «Die Arbeit des Deutschen Komitees kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für viele Betroffene ist sie die letzte Rettung vor dem sicheren Tod, für viele andere ein Anlaß, angesichts des Leids, das sich Menschen gegenseitig zufügen, trotzdem nicht an unserer Welt zu verzweifeln.»

Auf daß wir nichts mehr wissen ...

Früher, ehe ich in den Journalistenberuf einstieg, war ich der Überzeugung, daß Ereignisse von pflichtbewußten Reportern oder Korrespondenten berichtet würden. Heute weiß ich, daß das ein Ammenmärchen war. *Wir* von der *Cap Anamur* haben jede Meldung, die in den Zeitungen oder im Radio und Fernsehen auftauchte, *selber gemacht*. Ich selbst habe jede Nachricht über Flüchtlinge und Rettungsaktionen in bewährter Routine an die vier großen Agenturen in Bonn gegeben, die sie dann nach Anfrage beim Auswärtigen Amt an die Öffentlichkeit weitergaben. Auch Journalisten in Südostasien mußte ich, obwohl aus Europa kommend, über die Situation im chinesischen Meer aufklären, über die Rettungsaktion informieren. Es ist nicht so, daß Ereignisse berichtet werden – es sei denn, es gibt eine Institution, die dafür zuständig ist, diese Nachrichten zu formulieren und über die ihr eigenen Kanäle an die Öffentlichkeit zu bringen.

Deshalb haben wir auch Angst vor der Situation, in der kein Schiff mehr im chinesischen Meer operiert. Dann wird *nichts mehr* über die Flüchtlinge und ihre katastrophale Situation bekannt sein, nichts mehr über Rettungsaktionen, kaum etwas über Ertrinkende, wenig und gar nichts über Piraten. Journalisten sind nur Wasserträger von Meldungen: von den Institutionen hin zur Öffentlichkeit. Die einzige Ausnahme: Wenn ein Thema plötzlich durch eine sensationelle Entwicklung spektakulär wird, halten es alle Presse- und Medienorgane für ihre Pflicht, darüber möglichst durch Entsendung eines «envoyé spécial» zu berichten. Das hält aber höchstens drei Monate an, dann ist die Welle abgeebbt, dann beginnt von neuem der Trott, in dem das Gesetz der institutionen-beherrschenden Nachrichten weiter gilt. Das Gesetz der Aktualitätswelle gilt für die gesamte Branche auch in dem Sinn, daß man nach einer solchen Zeit der Aufmerksamkeit «die Nase, Schnauze voll hat» und es leid ist, über die Bootsflüchtlinge sentimental zu werden.

R. Neudeck

► Einmal war das Schiff in vielfacher Beziehung eine Herausforderung, ein Skandal für die Behörden, die sich überspielt und in die Funktion von Handlangern zugunsten des Komitees gestuft sahen.

► Es war sodann ein Stachel im Fleisch der «bewährten» Organisationen (also des Roten Kreuzes wie der kirchlichen Werke).

► Es war ein Armutszeugnis für die Europäische Kommission, die zeitgleich mit unserem Start aufgefördert wurde, ein Schiff auszurüsten und im Januar klein beigegeben und resignieren mußte. Im Januar 1980 mußte die Brüsseler Behörde jedenfalls mitteilen, die «Entsendung eines EG-Hilfsschiffes zur Aufnahme von Flüchtlingen ist an Personalknappheit gescheitert». Die Kommission teilte am 25. Januar 1980 in Brüssel mit, sie habe für kurze Zeit einen entsprechenden Plan gehabt, «angesichts der mit einem so komplizierten Unternehmen verbundenen Schwierigkeiten wie Chartern eines Schiffes, Anheuern der Besatzung, Entsendung von Ärzteteams, Kauf und Verladung von Lebensmitteln sowie der Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen doch auf diesen Plan verzichten müssen».

► Ein Journalist wie Franz Alt erntet durch solche publizistische Aktivität viel Anerkennung, viel Popularität, die ihm nicht nur gegönnt wird, die auch viele Neider auf den Plan ruft und gerufen hat. Von der Kritik an dem Engagement Alts für diese wie auch für andere Bürgerinitiativen war vieles verschleiert und unehrlich. Es reduzierte sich leider oft auf Neid. Mit publizistischen und sehr direkt und persönlich wirkenden Ansprachen an das Publikum lockte Alt die Großherzigkeit und die Spendenbereitschaft heraus, wie das niemand vor ihm bisher erreicht hatte. Dazu muß man sagen: Der journalistische Ansatz ging dabei nicht verloren. Die Berichtsfilm, mit denen das Publikum über Katastrophenregionen und Flüchtlingsfelder informiert wurde, waren von einer informativen Dichte, einer filmischen Intensität, daß sie sich dem Publikum auf Dauer einprägten.

Reiner und unreiner Journalismus

Der Glaubenskrieg, der unter Journalisten 1980 ausbrach, entbehrt nicht Zügen höherer Komik, weil er die wirklichen Motive und Interessen der Beteiligten verdeckte. Es entspann sich ein Kampf zwischen den «Schulen» eines «reinen» und eines «unreinen» Journalismus. Letzterer wurde noch mit schmückenden Epitheta belegt wie «Caritas»-, «Herz-Jesu»-Journalismus oder «Kampagnenjournalismus». Daß Alt seine Sendung nie nur als «reinen» Bericht versteht, sondern sich auch immer fragt – weil er es sich selbst natürlich fragt –, was ein Film in den Millionen von Zuschauern (Zuschauerquote im Schnitt 23% = 8 Mio Zuschauer) aufrührt, wie man dem Bedürfnis Rechnung trägt, das ganz natürlich in Menschen aufkommt, deren Vorstellungskraft durch Bilder aufgewühlt wird wie durch kein anderes Medium sonst. Nach einem Bericht über die Flüchtlinge, die da zu Hunderten sterben in Somalias Flüchtlingslagern, über die schwächlichen, dehydriert-ausgemergelten Kinder der Mutter Hussein in einem Lager der Provinz Geddo, denen der behandelnde junge französische Arzt keine Überlebensperspektive für das nächste halbe Jahr gibt – nach einem solchen Film soll der Zuschauer wenigstens durch die Nennung der Kontonummer einer in dieser Region arbeitenden Organisation wissen, wohin er seinen Hilfswillen lenken kann ...

Darin aber liegt der Skandal. Die Einblendung der Kontonummer rundet den Bericht allererst ab, ohne sie wäre er für den Zuschauer verstümmelt. Das aber, meinen Kollegen Journalisten, sei nicht mehr «reiner» Journalismus. Der Journalist hat die Chronistenpflicht, er soll dem Publikum wie in einem Spiegel die Realität ohne eigenes Beiwerk vorhalten, möglichst ohne viel Zutaten von seiner Seite, schon gar nicht mit Appellen und Anmutungen an das Publikum.

Daß es diese Form von «reinem» Journalismus nicht gibt, daß durch die Auswahl des Materials immer schon etwas Subjektives zustandekommt, macht nichts. Hauptsache, der Konkurrent Franz Alt wird stillgestellt. Sonst macht er noch das Fernsehen zu einem Medium, das erhebliche *Wirkungen* hat.

Schizophren ist auch die offizielle Programmpolitik der Sender. Die großen traditionellen *Organisationen* (das Rote Kreuz, Caritas, Brot für die Welt) haben das Recht, jederzeit, bei sich bietendem Anlaß auf dem Fernsehschirm oder im Radiolautsprecher mit allen Kontonum-

mern genannt zu werden, die sie aufweisen. Die Intendanten der Anstalten haben sich darauf festgelegt, daß die bewährten Organisationen diese Möglichkeit bekommen, die nicht bewährten nicht. Aber journalistisch gibt es das Kriterium des «Bewährten» nicht, im Gegenteil: das Etablierte steht zumindest unter dem gleichen Skepsis-Verdacht wie das spontane und neu entstandene. Außerdem unterliegen auch die kleinen Vereine (wie das Deutsche Komitee Not-Ärzte e. V.) einer rigiden Kontrolle. Wir haben uns in unserem Verein natürlich um die Abrechnungs- und Buchungsmodalitäten in treuhänderischer Funktion und Verantwortung unheimlich viel Arbeit gemacht; so steht am Ende des Prüfungsberichtes 1980 und 1981 mit Siegel und Stempel einer anerkannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft («Solidaris»):

«Aufgrund der von uns durchgeführten Arbeiten erteilen wir folgende Bescheinigung: <Die Jahresrechnung zum 31. Dezember 1980 (1981) des Vereins Deutsches Komitee Not-Ärzte e. V., Köln, entspricht den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung und der Satzung. Köln, den ..., Solidaris-Revisions GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.>»

Daran also kann es nicht liegen. Nein, es ist einfach so, daß das Medium Fernsehen ganz unjournalistisch sich so verhält wie das Auswärtige Amt, wie auch die ganz großen Firmen. Beide – die Bürokratie wie die Wirtschaft – lassen sich nicht lumpen und tun schon von Zeit zu Zeit etwas gediegen Humanitäres, haben meist sogar ein eigenes kleines Budget dafür, aber sie geben es an «bewährte» Organisationen, die schon ein kleines Jahrhundert auf dem Buckel, einen großen guten Namen haben und damit auch Werbewirksamkeit und gute Abrechnungen versprechen.

Das Schiff war insofern eine Ausnahme, als es eine über die aktuelle Welle hinausgehende Aufmerksamkeit auf sich zog (vgl. *Kasten*). Aber was gewesen wäre, wenn nicht Franz Alt diese Attraktion in jedem der drei Jahre neu gebündelt hätte, wage ich mir nicht auszudenken. Auch gilt wohl das traurige Fazit, daß die lebensrettende Aktion auch 1982 hätte so weitergehen können, würden dem Franz Alt nicht mit unsinnigen Argumenten und Neid-Komplexen neuerdings Schwierigkeiten gemacht.

Vielleicht, sicher kann man das nicht prognostizieren. Sicher ist, daß eine solche Bewegung, die die Bevölkerung mitreißt und damit dann die Politik beeinflusst, nur vom Fernsehen ausgehen kann. Eine solche Kraft des Einflußnehmens haben nicht einmal so weitverbreitete Blätter wie der berühmte «Spiegel» und die politische Illustrierte «Stern». Denn beide haben sich noch einmal bei den diversen Nachrufen auf das Schiff mit Macht eingeschaltet. Der «Spiegel» (Oktober 1981) mit einer Reportage vom Schiff sowie mit einem eindringlichen Interview mit Heinrich Böll.

Böll sagte: «Die paar Kriminellen (unter den Flüchtlingen) stören mich nicht, überhaupt nicht. Wahrscheinlich sind auch ein paar Spitzel und Zuhälter darunter. Deren Gewerbe ist mir zwar fremd. Aber die stören mich auch nicht. Ich würde auch einen ertrinkenden Zuhälter retten. Ich würde sogar einen ertrinkenden Zuhältermillionär retten, weil ich mir nicht anmaßen kann, jemanden ertrinken zu lassen.» Der «Spiegel»-Interviewer fragt noch einmal scharf nach, ob er, Böll, auch den vietnamesischen Bomber-Piloten aus dem Wasser ziehen würde, der das Leben Hunderter oder gar Tausender seiner Mitmenschen im Vietnamkrieg zerstört hat. Böll zögert keine Sekunde, verstärkt die leicht sophistische Frage: «Ich würde auch ihn herausholen. Ich hätte sogar den Massenmörder Eichmann aus dem Wasser gezogen.» Böll noch einmal gegen die aus Politik-Interesse in der Bundesrepublik ventilerte Idee, die einen (Politik-Flüchtlinge) solle man aus dem Wasser ziehen, die anderen (Wirtschaftsflüchtlinge) nicht: «Wenn man den einen aus dem Wasser zieht, den anderen nicht, betreibt man Selektion. Es gibt für mich den Mensch gewordenen. Und weil der den Menschen, jeden Menschen, ernst nimmt in all seinen Dimensionen, muß ich das auch tun.»

Stärker und rigoroser hatte niemand bisher den Sinn und das Ziel dieser rettenden Operationen beschrieben. Schließlich war es Böll, der dies tat, der sich auch ganz persönlich für das Komitee immer wieder eingesetzt hat, auch durch Interventionen an höherer Stelle – aber auch der unmißverständliche Zuspruch von Heinrich Böll nützte in dieser Phase nichts mehr. Ebenso wie die Reportage im «Stern» vom Februar 1982 politisch

nichts mehr einbrachte. Der «Stern» holte sich nach einer dramatischen Kampffaktion im Golf von Thailand die Photos von dieser Operation direkt mit dem Hubschrauber von Bord der Cap Anamur. Titel «Das Piratenschiff», das Bild des Piraten-tracters auf zwei großen Seiten. Bildlegende: «Der Name des Fischerbootes ist überpinselt. Die Besatzung sind sechs Räuber. Sie haben im Südchinesischen Meer 125 Vietnamesen überfallen, die mit einem Fluchtboot aus ihrer Heimat geflüchtet sind, 26 Flüchtlinge wurden umgebracht, 20 Frauen vergewaltigt, das deutsche Hilfsschiff Cap Anamur verjagte die Piraten und rettete 99 Menschen vor dem sicheren Tod.»

Ungewisse Zukunft

Solche Operationen dürfte es in absehbarer Zeit nicht mehr geben, weil die Politiker nicht mal in der Lage waren, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese freie, private Initiative weiterlaufen konnte. Stattdessen haben Politiker sich mit Argumenten ohne Realitätsbezug gegen das Schiff gestellt und so viele Bürger verunsichert. Der Ministerpräsident des Landes Hessen, Holger Börner, konnte jüngst noch unkorrigiert sagen, öffentlich im Funk: «Das Schiff zwingt die Leute aus dem Land ...»

Mit demselben Argument wurde im 2. Weltkrieg ein Flüchtlingsschiff, die «Struma», an der Landung in Palästina (wie auch in der Türkei) gehindert: 779 Juden wurden dem Tod preisgegeben. Im Bericht des britischen Botschafters an seine Regierung heißt es: «Die Landung von 700 Flüchtlingen in Palästina wird nicht nur die Schwierigkeiten des hohen Kommissars ungeheuer vergrößern ... sie wird außerdem beklagenswerte Folgen im gesamten Balkan haben, indem sie weitere Juden ermutigt, sich einzuschiffen.»²

Die Zukunft der Cap Anamur hängt am goldenen Faden: Wird die Europäische Kommission von der dem Schiff Cap Anamur

zugesagten Million DM die zweite Hälfte auch noch geben? Außerdem fehlen dem Schiff Aufnahmeplätze. Einzig die Regierung des deutschen Bundeslandes Niedersachsen will sich weiter an der Aufnahme von geretteten Bootsflüchtlingen beteiligen. Die französische Organisation «Médecins du monde» wird ebenfalls wieder ein Schiff ausrüsten: «La Goelo», 2000 Tonnen, französische Flagge. Frankreichs Außenminister, Claude Cheysson, gab für dieses Schiff die volle Garantie der Deckung, alle Flüchtlinge, die «Goelo» bergen kann, gehen nach Frankreich. «La Goelo» wird Mitte Juli voraussichtlich im Chinesischen Meer eintreffen. Das französische Komitee hat das deutsche gebeten, möglichst mit der Cap Anamur im Meer von China zu bleiben, weil an Bord der «Goelo» kein Hospital, also auch keine Behandlungsmöglichkeiten vorgesehen sind. Das Deutsche Komitee hat der Öffentlichkeit versprochen: es wird – falls doch noch die nötigen Spendengelder eingehen³ – im Chinesischen Meer bleiben, bis das französische Schiff eintrifft.

Rupert Neudeck, Troisdorf bei Köln

² Vgl. Heiner Lichtenstein, Warum Auschwitz nicht bombardiert wurde. Bund-Verlag, Köln 1980, S. 56ff., wo auch das weitere Schicksal der «Struma» und ihrer Flüchtlinge nachzulesen ist: Bereits waren die Beschlüsse der Wannsee-Konferenz zur «Endlösung» gefaßt, als die Rücksendung des Schiffes zu seinem Ausgangspunkt am Schwarzen Meer beschlossen wurde. Man wollte die Flüchtlinge also in den sicheren Tod schicken. Dies besorgte dann aber schon ein Torpedo vor der türkischen Küste. Niemand kam zu Hilfe. Ein einziger überlebte.

³ Hier nochmals das Konto (allenfalls mit Vermerk: «Cap Anamur»): Not-Ärzte e. V., Stadtparkasse Köln, Konto-Nr. 8002222 (Bankleitzahl 37050198). Es sei noch vermerkt, daß das Komitee Deutsche Not-Ärzte e. V. auf jeden Fall sein Wirken in Uganda und Somalia weiterführt. Auch dafür bedarf es freilich der finanziellen Hilfe. Weitere Informationen: Kupferstr. 7, D-5210 Troisdorf/Köln, Telefon 02241/46020. (Red.)

Die Neue Rechte – ein europäisches Phänomen (I)

Eine neue rechtsextreme Bewegung formiert sich in Westeuropa. Sie hält sich parteipolitisch noch im Hintergrund und überläßt spektakuläre Aktionen lieber den bekannten Gruppen, welche die Öffentlichkeit dann gern als «belanglose Minorität» abtut. Das Feld der Neuen Rechten ist «die Kultur», sie verkauft ihre Ideen z. B. harmlos dosiert und bunt verpackt auf den Glanzpapierseiten des wöchentlich erscheinenden *Figaro-Magazine* (Paris); sie debattiert im erlesenen Kreis der Clubs und Studienzirkel, sie versteht sich eher als eine Art «Ideenlaboratorium» denn als Massenbewegung. In Frankreich wurde man im Juni 1979, vor allem durch *Le Monde*, auf die «Neue Rechte» aufmerksam; inzwischen sind internationale Verbindungen längst etabliert. Die Zeitschrift *Nouvelle École* des französischen neu-rechten Meisterdenkers *Alain de Benoist* hat Verbindungen zu den Zeitschriften *Neue Anthropologie* (Hamburg) und *Mankind Quarterly* (Washington, D. C.).

Gruppierungen und ihre Publikationsorgane

Starautoren der drei genannten Zeitschriften sind der Londoner Psychologe *Hans J. Eysenck*, der amerikanische Erziehungswissenschaftler *Arthur R. Jensen* und *Konrad Lorenz*. Auch das ist neu an der Neuen Rechten: Man gibt sich nicht mehr begrenzt nationalistisch, sondern abendländisch-europäisch. Auch auf dem Buchmarkt bahnt sich internationale rechte Zusammenarbeit an: Nach französischem Vorbild wurde in der Bundesrepublik (mit Sitz in Kassel) das *Thule-Seminar* begründet, ein «Arbeitskreis für die Erforschung und das Studium der europäischen Kultur e. V.». Dessen erste Buchpublikation trägt den Titel «Das unvergängliche Erbe». A. de Benoist ist darin gleich zweimal als Autor vertreten.

¹ Das unvergängliche Erbe – Alternativen zum Prinzip der Gleichheit. Hrg. von Pierre Krebs. Grabert-Verlag, Tübingen 1981 (vgl. die Besprechung von Verena Flick, in: Die Zeit Nr. 20, 14. 5. 82, S. 48).

Schon in der Weimarer Republik gab es eine nach Thule benannte Organisation: Der damalige Thule-Orden war ein rassistischer Verein, er versammelte nahezu die ganze Führung der NSDAP. Auf dem Umschlag zum Buch «Das unvergängliche Erbe» ist übrigens ein Hakenkreuz abgedruckt, freilich in der etwas entzerrten, «weicheren» Form der alten Germanen. Die Neue Rechte gibt sich noch verschlüsselt, «weich», und nicht so aufdringlich.

Der Ursprung dieser neuen rechten «Kultur-Bewegung» liegt in Paris. Die 1968 gegründete Organisation G. R. E. C. E. ist der Mittelpunkt. Hinter diesem Titel (Grèce heißt auf französisch Griechenland, auch diese sprachliche Assoziation ist wichtig) verbirgt sich das «Groupement de Recherches et d'Études pour la Civilisation Européenne», die «Forschungs- und Studien-gruppe für die europäische Zivilisation» mit etwa 8000 Mitgliedern. Zwei Zeitschriften gibt G. R. E. C. E. heraus: *Études et Recherches* und *Éléments*. Formell unabhängig, doch eng mit G. R. E. C. E. verzahnt ist die bereits erwähnte Zeitschrift *Nouvelle École*. Korrespondenten hat der Verein u. a. in Südafrika und Argentinien und Zweigstellen in der französischen Provinz. Das eigene Verlagshaus trägt den Namen «Éditions Copernic». Bevorzugtes Thema ist die «deutsche Seelentiefe», Nietzsche wird selbstverständlich verehrt, auch Ernst Jünger, Oswald Spengler und Ernst von Salomon: Sie sind die großen Meister, neben einigen Genetikern und Soziobiologen.

Der Pariser Journalist *Alfred Frisch* schrieb zu den Anfängen von G. R. E. C. E.: «In einer ersten Phase» – also Ende der sechziger Jahre – «vertrat G. R. E. C. E. intern sehr radikale Thesen, die ohne Übertreibung zumindest als neofaschistisch bezeichnet werden konnten ... In einem Seminar schloß ein einleitendes Referat mit folgenden kategorischen Feststellungen: «Man braucht Sklaven, damit eine neue Aristokratie emporwächst ... Volkstum und Dressur sind die beiden Fundamente

einer höheren Menschheit.»² Heute werden moderatere Töne angeschlagen; wer genau hinhört, entdeckt freilich denselben Inhalt. Als wichtigster Propagandist kann A. de Benoist gelten. Er verkauft seine Ideen in feuilletonistischen soziobiologischen Essays. 1943 geboren, studierte de Benoist Rechtswissenschaften, Religionsgeschichte und Sprachwissenschaften. Im Fach Philosophie erwarb er sich den Dokortitel. «Der Mut ist ihr Vaterland» war sein erstes Buch, es folgten Publikationen über die Indo-Europäer, über Rhodesien, eine Geschichte der Gestapo usw. Für seine Essays «Vu de droite» (Paris 1977) erhielt er 1978 den Essayisten-Preis der Académie Française. Dieses Buch und «Les idées à l'endroit» (Paris 1979) sind wohl die Hauptwerke der neuen rechten Bewegung.

Wesentlich diskreter als G. R. E. C. E. gibt sich der sogenannte «Uhrenclub» (Club de l'Horloge). 1974 gegründet, ist er ein exklusiver Kreis hoher Beamter und Absolventen der berühmten Pariser Eliteschulen, vor allem der E. N. A., der Verwaltungshochschule. Nach *Le Monde* zählt der Uhrenclub 150 - 200 Mitglieder (darunter 10% Frauen).³ Daß der Uhrenclub zu Zeiten Giscard d'Estaings enge Verbindung zur Regierung hatte, wundert niemand. Hier wurde das von G. R. E. C. E. Erdachte schon ein Stück weit in politische Wirklichkeit umgesetzt. Das Projekt «Sicherheit und Freiheit» soll damals vom Uhrenclub erarbeitet worden sein⁴, genauso wie z. B. einzelne Kapitel des Buches des ehemaligen Innenministers *Michel Poniatowski* über die Zukunft der europäischen Gesellschaft.⁵ Ein wichtiger «Übersetzer» der Ideen der Neuen Rechten ist der Journalist *Louis Pauwels*, heute Direktor des *Figaro-Magazine*. Im selben Wochenend-Magazin des sogenannten Pressezaren *Robert Hersant* ist *Jean-Claude Valla* Chefredakteur; er war Generalsekretär von G. R. E. C. E.⁶ 1,8 Millionen Leser werden wöchentlich über das *Figaro-Magazine* mit den neuen rechten Ideen infiltriert. In New York sprach man angesichts solcher Breitenwirkung von einem «kulturellen Staatsstreich».

Nach dem Sieg Mitterrands hat nach einer kurzen Pause der Sprachlosigkeit die Neue Rechte ihre Fassung wiedergefunden. Ende November 1981 organisierte G. R. E. C. E. im Kongreßpalast von Versailles die Tagung über «Ideologische Alternativen» mit über 1000 Teilnehmern. Die G. R. E. C. E.-Freunde sehen sich nach dem Mitterrand-Sieg in ihrer These bestätigt: Die politische Macht bekommt der, welcher die kulturelle Macht hat - eine These, die, hier popularisiert, vom italienischen marxistischen Theoretiker und Kommunisten *Antonio Gramsci* stammt. Daß Frankreichs Linke die kulturelle Szene beherrscht, kann man so allgemein wohl nicht gelten lassen, wenn man nur an Radio und Fernsehen zu Zeiten Giscard's denkt oder die Massenblätter betrachtet. In jedem Fall will G. R. E. C. E. nun noch eifriger auf kulturellem Gebiet tätig sein.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, wie die traditionelle französische Rechte - also etwa die Freunde von Charles Maurras und seiner Action Française - die Neue Rechte einschätzen. In dem Sammelwerk «La Droite d'aujourd'hui» schreibt *Bertrand Renouvin*, Mitbegründer der «Nouvelle Action Française»: «Bei der Neuen Rechten zeichnet sich ein anderer Totalitarismus ab, eine neue Barbarei, von der Hitler nur der plumpe Vorläufer war.»⁷ In *Le Monde* wurde *Michel Leloup* von der nazistischen Gruppe FNE deutlicher: «Wir erkennen uns in den

² A. Frisch, Neue geistige Strömungen in Frankreich: Dokumente 36 (1980) S. 136-146, hier S. 139.

³ Vgl. G. Fabre-Rosane, La droite parie sur les clubs: *Le Monde* Dimanche, 20. 12. 81, S. IVf.

⁴ So Georges Hourdin, La Nouvelle Droite et les chrétiens. Le Cerf, Paris 1980, S. 25.

⁵ L'avenir n'est écrit nulle part. Albin Michel, Paris 1978. Vgl. dazu A. Frisch, a. a. O., S. 138.

⁶ Im *Figaro-Magazine* hat die Neue Rechte die Führung übernommen. Vgl. dazu Michael Haller, Europa erwache! in: Paul Lersch (Hrsg.), Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Spiegel-Buch, Hamburg 1981, S. 83-104, hier S. 103.

⁷ In: Jean-Pierre Apparu (Hrsg.), La Droite d'aujourd'hui. Albin Michel, Paris 1979, S. 189.

Schriften Alain de Benoists und den Arbeiten der G. R. E. C. E. wieder. Louis Pauwels steht unseren Ideen nahe.»⁸ Soviel allzu deutliches «Lob» konnte A. de Benoist dann doch nicht vertragen: er hat gegen diese Äußerung protestiert.

Eine nach rückwärts gewandte Kulturkritik

Tatsächlich bietet die Neue Rechte Ansätze zu einer neuen totalitären Weltanschauung. Nur muß man sich, um zu diesem Resultat zu kommen, durch oftmals brillant geschriebene philosophische, literarische, populärwissenschaftliche Essays hindurchbeißen. Man muß gleichsam durch ein ausgebreitetes, wissenschaftlich frisiertes Feuilleton hindurch zu dem eigentlichen Anliegen solcher «Schöngeisterei» kommen: der Politik, und das heißt: der Herrschaft besonders begabter Führergestalten und der Unterlegenheit der vielen anderen, die den Führern nicht gleich sein dürfen. Tatsächlich werden in allen Publikationen lang und breit kulturpolitische Analysen der Gegenwart geboten: Die westlichen Gesellschaften seien, so heißt es, als «industrielle Massenkultur» von einer geradezu stupiden Gleichmacherei in den Verkehrsformen geprägt. Vor allem die Konsumsphäre sei der deutlichste Beleg für die herrschende Tendenz zur Nivellierung alles Besonderen, alles «Hervorragenden» und Bedeutenden. Beklagt werden, die kulturpolitischen Analysen ausweitend, beispielsweise die «Zergliederung und Zerfetzung des menschlichen Gesamtbildes» etwa bei Picasso.⁹ Insgesamt führe die moderne Kunst «in chaotische Bereiche». Bei dem zunehmenden «unaufhaltsamen, schleichenden Verlust des christlichen Gottes» sei eine «klaffende Leerstelle», wenn nicht gar ein «Totalverlust menschlicher Identität» entstanden.¹⁰ Und gerade da sieht die Neue Rechte ihre «Sendung».

Blieben wir bei der Kritik der Gleichmacherei. Bezeichnend ist: Von den *sozioökonomischen* Ungleichheiten - etwa im Blick auf das millionenfache Subproletariat in den westeuropäischen Ländern oder auf die Abhängigkeit stiftenden Beziehungen Europas zur sogenannten Dritten Welt - ist bei der Neuen Rechten keine Rede. Man beschränkt sich auf die augenfälligen Nivellierungen der Konsumsphäre, beklagt Standardisierung und «Amerikanisierung» und verurteilt pauschal sowohl «ökonomisches» wie «liberales Denken». Ihre Kritik faßt die Neue Rechte dann gern in einem Schlagwort zusammen: Sie ist gegen den «Egalitarismus», gegen Gleichheit und Gleichmacherei.

«Verschiedenheit ist Ungleichheit»

Mag im analytischen Bereich noch eine Verständigung mit der Neuen Rechten möglich sein (muß doch jeder Versuch einer Individualisierung im Lebensgefüge, in der Kunst usw. heute nicht nur als notwendig, sondern auch als fortschrittlich gelten), so muß die Antwort der Neuen Rechten auf diese Analyse geradezu verwegen und anmaßend erscheinen. Sie plädiert wissenschaftlich, d. h. soziobiologisch verpackt, für eine Renaissance der Führer und der Eliten: Dahinter steckt nichts anderes als der Wunsch der heute Herrschenden und Privilegierten in Politik, Wirtschaft und Kultur, ihre eigene Position «wissenschaftlich» fundiert zu begründen und dadurch den eigenen Status zu erhalten. Nicht um die allseitige individuelle Entwicklung eines jeden Menschen geht es, sondern um die Entfaltung der «wertvollen Menschen», d. h. der «Führergestalten». Die Basis für solche Entwürfe liefert eine sogenannte «realistische Anthropologie», wie *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* in seinem Beitrag «Prospektiver Konservatismus» zustimmend die biologischen Vererbungstheorien von K. Lorenz, A. R. Jensen oder H. J. Eysenck nennt.¹¹

Gleich im Leitwort zum «Unvergänglichen Erbe», dem neuen Standardwerk im deutschen Sprachraum, heißt es: «Erkennen

⁸ Lothar Baier, in: Konkret, Heft 12, 1980, S. 50.

⁹ Peter Binding, in: P. Krebs (Hrsg.), Das unvergängliche Erbe, S. 37.

¹⁰ Ebda., S. 41.

¹¹ In: R. Kriechbaumer (Hrsg.), Konservativ. Chance und Zukunft. Innsbruck - Wien - München 1979, S. 39ff.

wir endlich an, was uns *Biologie und gesunder Menschenverstand* sagen, daß die Menschen nicht gleich sind, daß es natürliche Rangunterschiede gibt, und daß wir die Leistung der Hochbegabten, der Eliten, bitter nötig haben, sollen die Weltkrisen der Jahrhundertwende bewältigt werden.»¹² Biologie und gesunder Menschenverstand also lehren die Ungleichheit der Menschen: Lieblingsthema ist darum die hochgradige Erblichkeit des Intelligenz-Quotienten (IQ) und die sich daraus ergebende Hierarchisierung der «natürlich Begabten» und der «geborenen Intelligenten». Themen, die kontrovers diskutiert werden, erscheinen hier als gelöst, «bewältigt». Kritische Einwände (wie etwa von den Adoptionsstudien der britischen Psychologin *Barbara Tized*, die zeigen, daß z. B. Heimkinder im Laufe ihres Lebens durchaus eine IQ-Zunahme aufweisen, werden sie nur mit geistig stimulierendem sozialem Milieu konfrontiert) werden nicht beachtet.

Der politisch besonders gefährliche Denkfehler der Neuen Rechten liegt in der Gleichsetzung von «verschieden» und «ungleich». Die Neue Rechte kann biologisch – selbstverständlich – gegebene Verschiedenheiten und Unterschiede *nur als Ungleichheit* begreifen. Denkbar ist ja, im Zusammenhang menschlicher Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit *dennoch* von der Gleichheit der Menschen zu sprechen, etwa hinsichtlich des Selbst-Sein-Könnens eines jeden Menschen, was besagt, daß kein Mensch zum Mittel für die Zwecke anderer Menschen gemacht werden darf. «Jeder Mensch ist ein Universum für sich und nur sein eigener Zweck. Sein Ziel ist die Verwirklichung seines Seins, einschließlich jener Eigenarten, die für ihn charakteristisch sind und ihn von den anderen unterscheiden. Daher ist die Gleichheit der Menschen die Grundlage für die volle Entfaltung der Unterschiede; aus ihr folgt die Entfaltung der Individualität.»¹³ Genauso muß die Verschiedenheit von Gleichheit und Identität festgehalten werden. Der Publizist *Lothar Baier* bemerkt sehr treffend: «Von Gleichheit zu sprechen wäre ganz sinnlos, wenn wir von der Identität überzeugt wären; erst durch die Anerkennung unserer Verschiedenheit gewinnt Gleichheit einen Sinn, und zwar einen moralischen und einen politischen.»¹⁴

¹² In: P. Krebs (Hrsg.), *Das unvergängliche Erbe*, S. 7. Hervorhebungen vom Verfasser.

¹³ Erich Fromm, Gesamtausgabe, Bd. 8, Stuttgart 1981, S. 368.

¹⁴ In: *Frankfurter Rundschau*, 1. 11. 1980, S. IV.



ORIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Clemens Locher, Karl Weber, Josef Bruhin, Albert Ebnetter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Raymond Schwager (Innsbruck)

Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 201 0760

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27 842

Schweiz, Kreditanstalt Zürich-Enge

Konto Nr. 0842-556 967-61

Deutschland: Postcheckkonto Stuttgart 6290-700

Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnementspreise 1982:

Schweiz: Fr. 32.-/Halbjahr Fr. 17,50/Studenten Fr. 24.-

Deutschland: DM 37,-/Halbjahr DM 21,-/Studenten DM 28,-

Österreich: öS 285,-/Halbjahr öS 160,-/Studenten öS 200,-

Übrige Länder: sFr. 32.- plus Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 40.-/DM 45,- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: Fr. 2.-/DM 2,50/öS 20,-

Tierverhalten als Modell

Zu einem solchen Gedankengang ist die Neue Rechte nicht in der Lage. Für sie ist Verschiedenheit stets Ungleichheit und, politisch gewendet, für die einen Überlegenheit, für die anderen Unterwerfung. So schreibt z. B. L. Pauwels: «Die Wissenschaft antwortet, daß die Menschen nicht identisch einem universellen Uterus entstammen. Sie werden in einem Geschlecht geboren und mit einem Anteil von Zufall, der eine besondere genetische Einheit formt, wobei keine genetische Einheit der anderen gleicht. Wer objektiv nachdenkt, dem muß die Gleichmacherei von heute wie eine Verweigerung der Natur erscheinen. Ist das ein Plädoyer der Eliten? Natürlich, weil es realistisch ist. Die Ethologie lehrt uns, daß jede tierische Gesellschaft ihre sogenannten Alpha-Typen besitzt, also ihre Führer. Keine menschliche Gesellschaft lebt ohne Eliten.»¹⁵ Tierische Organisationsformen gelten hier als Vorbild für die menschliche Gesellschaft. Diese Idee von L. Pauwels geht auf *Pierre Bercot* zurück, der Verwaltungsdirektor bei Citroën und Anhänger der Neuen Rechten ist. Pierre Bercot hatte in einem Vortrag erklärt: «In der Gesellschaft der Fische sind die männlichen Tiere besessen vom Begriff der Hierarchie. Diese Disposition führt schließlich zu einem Mitglied der Gruppe, das das einzige von dieser hierarchischen Qualität ist. Und dieser eine nimmt dann schließlich einen hervorragenden und einzigartigen Platz ein. Unter seinen zahlreichen Aktivitäten fällt ihm besonders die oberste Verantwortlichkeit zu. Diesem Fisch hat man den Namen Alpha gegeben. Der Ursprung dieser Qualitäten eines Chefs ist nicht (kulturell), von der Welt also, bedingt; die Qualitäten eines Chefs kommen von seiner (fundamentalen Natur) her.»¹⁶ Führungsqualitäten sind Gaben der Natur, angeboren – daran darf nicht gerüttelt werden. Wer die Menschen gleich behandelt, widersetzt sich den Ergebnissen der so verstandenen biologischen «Wissenschaft».

Typisch für diese Art zu denken ist, das «Modell Familie» für die Sozialordnung zu verwenden. Wie in der Familie die einzelnen Mitglieder (Vater – Mutter – Kinder) verschieden und ungleich seien (!), so habe auch die «natürliche Sozialordnung» als «ersten Grundsatz die Ungleichheit». Ungleichheit und Rangordnung seien daher die fundamentalen Normen der natürlichen Sozialordnung.¹⁷ «Biologisch» – oder präziser: durch die rassistisch anmutenden Prinzipien von der angeborenen Intelligenz und den vererbten Führungsqualitäten – soll also die Herrschaft der Eliten befestigt bzw. begründet werden. Als Regierungsform schwebt L. Pauwels die «Meritokratie» vor, die Herrschaft der Besten, die sich über die Ungleichen, d. h. die Schwächeren und Schlechteren, erheben. So schreibt auch *Pierre Krebs*: «Der Untergebene braucht den Überlegenen und nicht umgekehrt.»¹⁸ A. de Benoist meint folgerichtig: «Ein intelligenter Rassismus, der sich den Sinn für die Verschiedenartigkeit und fürs unterschiedliche Volkstum bewahrt hat, ist weniger schädlich als ein unmäßiger Anti-Rassismus, der alles gleichmacht.»¹⁹ Vom Prinzip der Ungleichheit aus lassen sich dann auch leicht Ableitungen aus der Eugenik konstruieren. So ist in Heft 14 der *Nouvelle École* zu lesen: «Eine Million geistesschwacher Franzosen, das gibt zu denken.» Und an anderer Stelle: «Es wäre umso unverzeihlicher, gegen die Gefahr genetischer Verminderung nicht einzuschreiten, als wir über beträchtliche Mittel verfügen.»²⁰

(Zweiter Teil folgt)

Christian Modehn, Berlin

¹⁵ L. Pauwels, in: *Maiistra – Renaissance de l'Occident?*, Paris 1979, S. 37.

¹⁶ So P. Bercot, in: *Des élites – pour quoi faire?* G. R. E. C. E. éditeur (zit. nach G. Hourdin, a. a. O., S. 78f.).

¹⁷ In: P. Krebs (Hrsg.), *Das unvergängliche Erbe*, S. 232f.

¹⁸ Ebd., S. 165.

¹⁹ A. de Benoist, *Vu de droite. Anthologie critique des idées contemporaines*. Copernic, Paris 1977, S. 380.

²⁰ Nachweise bei Jürg Altweg, in: *Die Zeit* Nr. 7, 6. 2. 81, S. 43.

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich